

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *US-Immobilien- und Bankenkrise geht weiter – S. 4*
- *Türkei: Im Zeichen des Machtkampfs – S. 7*
- *Berlin, FC Internationale: Integration durch Sport – S. 12*
- *EU-Arbeitszeitrichtlinie: Mit schnellen Schritten zur grenzenlosen Verfügbarkeit – S. 16*
- *Tibet – einem Mythos historisch begegnen – S. 19*

Ausgabe Nr. 8 am 31. Juli 2008, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
- ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-Mail: gnn-hamburg@freenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles. Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Jobcenter bleiben

Bundesministerium für Arbeit, Pressemitteilung vom 16.7. rül. Bund und Länder haben sich auf eine grundsätzliche Beibehaltung der Struktur und Arbeitsweise der Jobcenter geeinigt. Das teilte das Bundesarbeitsministerium nach einer Konferenz der Arbeits- und Sozialminister von Bund und Ländern mit. Mit 16:0 habe sich die Konferenz darauf verständigt, die Zahl der sog. „Optionskommunen“, das sind Kommunen, die die Arbeit der Jobcenter weitgehend in kommunaler Hand abwickeln, im Prinzip beizubehalten. Zur Zeit gibt es 69 solcher „Optionskommunen“. Alle anderen Jobcenter, bei denen Kommunen und Agentur für Arbeit mit gleichen Stimmrechten in sogenannten „Trägerversammlungen“ die Arbeit steuern, bleiben im Prinzip unverändert erhalten. Das Bundesverfassungsgericht hatte kürzlich diese Arbeitsstruktur als teilweise verfassungswidrig eingestuft, weil eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten von Kommunen und Agentur für Arbeit fehle. Dieser Kritik soll jetzt durch eine einvernehmliche Verfassungsänderung und ergänzende Änderungen im Sozialgesetzbuch II Rechnung getragen werden. Das Bundesarbeitsministerium soll jetzt in Kürze die entsprechenden Gesetzentwürfe vorlegen.

Immer mehr Billigkräfte in Ministerien

Spiegel Online, 24.7. rül. Der Bundestag und die Bundesministerien beschäftigen immer mehr Billigkräfte. Seit 2001 hat sich die Zahl der eingesetzten Leih- und Zeitkräfte mehr als verdreifacht. Das hat eine Anfrage der Abgeordneten der Linkspartei Sabine Zimmermann ergeben. In der Antwort auf die Anfrage der Abgeordneten räumt die Bundesregierung ein, dass die Zahl der Zeitarbeiter in allen Bundesministerien von 31 im Jahr 2001 bis 2007 auf insgesamt 247 gestiegen ist. Auch im Bundestag nahm die Zahl der Zeitbeschäftigten zu, von 18 auf 28,7 im Jahr 2007. Die Ausweitung von Zeitarbeit ist eine Folge der Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) durch die rot-grüne Bundesregierung in 2002. Angeblich soll damit die „Flexibilität“ der Unternehmen erhöht und der „Ausgleich von Auftragspitzen“ erleichtert werden.

Debatte um Sozialtarife bei der Energie

diverse, 28.7. alk. Über „Bild am Sonntag“ äußerte sich der DGB-Vorsitzende Michael Sommer: „Es droht der erste Winter seit langem zu werden, in dem

zehntausende Deutsche frieren müssen. Aufgrund der drastisch gestiegenen Energiepreise dürften viele Mieter, Wohnungs- und Hauseigentümer ihre Kosten für Heizöl, Gas oder Kohle nicht mehr bezahlen können.“ Schon vor der Öl-, Gas- und Kohlepreisexplosion wurden nach neuesten Untersuchungen 840.000 Haushalten pro Jahr Strom und Gas wegen Zahlungsrückständen zeitweise gesperrt. Deshalb könnte es in diesem Winter nach den Preiserhöhungen für Energien knüppeldick kommen, fürchtet Michael Sommer. Sommer: „Frieren ist genauso schlimm wie hungern. Das kann keine Regierung hinnehmen.“ Sommer fordert eine Gesamtstrategie, zu der auch kurzfristig bereits im Winter wirkende Maßnahmen gehören müssten: „Sinnvoll wären vernünftig gestaltete Sozialtarife für den häuslichen Bedarf an Heizung und Strom, die gleichzeitig Anreiz zum Sparen geben. Ein eng bemessener, nach Haushaltsgröße gestaffelter Grundbedarf könnte deutlich für alle verbilligt werden. Das gäbe einen starken Anreiz zum Sparen und würde so auch der Umwelt helfen.“ Die Sozialtarife könnten aus den rapide gestiegenen Gewinnen der Versorger finanziert werden. Es werden keine Steuermittel benötigt, sondern die Versorger verpflichtet, eine festgelegte Menge zu einem niedrigeren Preis an jeden Haushalt abzugeben, was erheblich Bürokratie spart. Bei Öl- und Kohleheizung könnte man mit Gutscheinen pro Haushalt arbeiten. Darüber hinaus fordert der DGB die Wiedereinführung der Pendlerpauschale.

Auch der Fraktionschef der Linken, Gregor Gysi, schließt sich an. Er befürchtet im kommenden Winter sogar Kältetote in Deutschland. Die Politik müsse „die Energiekonzerne zwingen, Sozialtarife anzubieten, damit wir in Deutschland keine Kältetoten bekommen“, sagte Gysi dem „Tagesspiegel am Sonntag“. Die Gefahr, dass einige arme Menschen erfrieren, bestehe tatsächlich, sagte Gysi mit Verweis auf die drastische Erhöhung der Gaspreise. Auch aus der SPD gibt es seit längerem ähnliche Äußerungen. Umweltminister Gabriel redet schon seit geraumer Zeit von Sozialtarifen; einen Gesetzentwurf hat er allerdings nicht vorgelegt; er wäre auch gar nicht zuständig. Nun hat SPD-Vorstandsmitglied Hermann Scheer eine Gesetzesinitiative für Sozialtarife angekündigt. „Wir wollen erreichen, dass Bundestagsfraktion und Bundespartei ab September einen Gesetzentwurf für Sozialtarife bei Strom und Heizung ausarbeiten“, sagte Scheer ebenfalls der „Bild am Sonntag“. Scheer hat mit der hessischen SPD-Vorsitzenden Andrea Ypsilanti ein Energiekonzept erarbeitet hat, in

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

dem unter anderem Gratis-Strommen-
gen für Haushalte vorgesehen sind.

Der Präsident des Deutschen Städtetags, der Münchner OB Ude (auch SPD), kritisiert dagegen die Debatte um „Sozialtarife“ bei Strom- und Gaspreisen. Würden tatsächlich nur Bedürftige berücksichtigt, müssten die Sozialverwaltungen entsprechende Mitteilungen an die Energieversorger machen, was bürokratisch sei und datenschutzrechtlich problematisch. Im anderen Fall gäbe es unerwünschte Mitnahmeeffekte. „Wenn die Tarifgestaltung insgesamt aufkommensneutral gestaltet werden soll, besteht die realistische Gefahr, dass beispielsweise eine alleinerziehende Mutter mit drei Kindern voll in die Preisprogression hineingerät, während ein Spitzenverdiener mit Single-Haushalt vielleicht mit dem verbilligten Kontingent auskommt“, sagte Ude. Eher Vorwände, die am vorgeschlagenen Konzept vorbeigehen. Das für ihn eigentliche Argument bringt Ude dann: Die international agierenden Energiekonzerne würden sich keine Vorschriften machen lassen, und die kommunalen Unternehmen, die solche Tarife dann anbieten müssten, hätten „Wettbewerbsnachteile“ – die Münchner Stadtwerke z.B. sind ziemlich einträglich für die Stadtkasse.

Aus den Wirtschaftsverbänden kommen vor allem ordnungspolitische Einwände: Der Staat solle sich aus der Preisgestaltung raushalten, wichtiger wären Investitionen in Wärmedämmung und andere energiesparende Maßnahmen.

Wohnungslosigkeit geht zurück, aber weiterhin Probleme

www.bagw.de, 3.6. alk. Es ist richtig, dass aufgrund der guten präventiven Arbeit von Kommunen und Freien Trägern der Wohnungslosenhilfe sowie der in zahlreichen Regionen Deutschlands relativ entspannten Wohnungsmärkte die Wohnungslosigkeit im letzten Jahrzehnt deutlich rückgängig gewesen ist. Dies ist aber nach Erkenntnissen der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W), auf deren Schätzung der Wohnungslosen in dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Bezug genommen wird, nur eine Wahrheit. „Die Zahl der von Wohnungsverlust bedrohten Menschen fehlt vollständig im Bericht, obwohl die BAG W darauf hingewiesen hat“, erklärte Winfried Uhrig, Vorsitzender der BAG W. „Dies sind nach unserer Schätzung zwischen

60.000 und 120.000 Haushalte mit mindestens 120.000 bis zu 235.000 Personen.“ Es gebe zahlreiche Probleme bei der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zu den Wohnkosten, die insbesondere die wohnungslosen Menschen, aber auch viele andere Sozialhilfebezieher treffen. Dies habe eine im März und April 2007 von der BAG W durchgeführte Blitzumfrage ergeben.

Nachfolgend die wichtigsten Ergebnisse dieser Umfrage, die auch an die Bundesregierung weitergeleitet worden sind: Bei Überschreitung der sogenannten angemessenen Miete müssen die Überschreitungsbeiträge aus dem Regelsatz bezahlt werden. Die Mietobergrenzen sind aber vielerorts unangemessen, werden nicht angepasst bzw. sind nicht an den örtlichen Mietspiegeln angelehnt. Mietkautionen werden ausschließlich auf Darlehensbasis gewährt und sofort mit Beginn des ALG II-Bezuges fällig. Dies ist ein eindeutiger Verstoß gegen geltendes Recht und treibt die betroffenen Haushalte weiter in die Verschuldung. Es gibt häufig eine pauschale Begrenzung der Nebenkosten, die aber nicht der Realität entspricht. Die tatsächlichen Heiz- und Nebenkosten werden vielerorts nicht übernommen.

Polen, Tschechien: US-Raketenschutzschild

huh. Die Anfang Juli zunächst unterbrochenen Verhandlungen zwischen der polnischen und der amerikanischen Regierung über die dortige Teilstationierung eines US-Raketenschutzschildes sind mittlerweile wieder aufgenommen worden. Vor diesem Hintergrund zeichnen sich in Osteuropa drei Konstellationen immer deutlicher ab. Erstens. Russland hat im Mai seine strategische Partnerschaft mit der VR China bekräftigt – beide gaben eine gemeinsame Erklärung gegen diese Raketen-Pläne ab. Zweitens

wurde (mit Blick auf die zwischenzeitlichen Verhandlungen zwischen der litauischen und der amerikanischen Regierung über eine alternative Teilstationierung im Baltikum) die entsprechende Gegenpositionierung von eigenen Raketenrampen angekündigt: in Weißrussland (aufgrund einer unterstellbaren Einwilligung) und im Gebiet Kaliningrad.

Zweitens. Die amerikanische Regierung soll bis Ende August ein Ultimatum für den Ausgang der Verhandlungen in ihrem Sinne gestellt haben. Ministerpräsident Tusk hatte Anfang Juli die gleichgewichtige Behandlung der polnischen Sicherheitsinteressen gefordert: „Der Aufbau eines Raketenschutzschildes in Polen trägt vor allem zur Sicherheit der USA bei.“ (Schweizmagazin – Sankt Gallen/Warschau, 4.7.2008) Jenseits dieser Erklärung finden sich noch deutlichere Verlautbarungen: „Je näher das Verhandlungsende rückt, desto öfter wird in Polen betont, das Land dürfe sich beim Raketenschutzschild nicht mehr so blauäugig zeigen wie zuvor beim Irakkrieg oder beim Kauf von Dutzenden gebrauchten F-16 Militärflugzeugen von den USA. In beiden Fällen sei ... das Blaue vom Himmel versprochen worden, warnen Publizisten wie Militärs, doch seien dabei für die Polen weder wirtschaftliche noch politische Vorteile entstanden.“ (Der Standard – 13.7.2008)

Drittens. Wie schon früher sehen weder Polen noch Tschechien ihre Sicherheit ausreichend durch die EU bzw. die EU-Natopartner gewahrt. Der tschechische Staatspräsident V. Klaus hat das Anfang Juli noch einmal wie folgt verdeutlicht: „(...) Ich erachte [die US-Radarstation bei Plzen] ... als ein kitendes Element unserer Partnerschaft mit den USA... Die Sicherheit Tschechiens müsse auf zwei Beinen stehen, nicht nur auf dem europäischen, sondern auch auf Kontakten mit den USA.“ (Der Standard – 9.7.2008)



So soll es funktionieren: Aus dem Iran gestartete Rakete mit Ziel USA wird von einem Militärsatelliten geortet, das in Tschechien stationierte Radar erfasst die Flugbahn und eine Abfangrakete aus dem Stützpunkt in Polen erhält die Daten und soll die feindliche Rakete zerstören. Abgesehen von den politischen Problemen gibt es auch jede Menge technische: Zum Beispiel was passiert mit den Trümmern einer atomar bestückten Rakete? Quelle: Deutsche Welle, 20.3.2007.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 11. September.
Redaktionsschluss: 6. September.
Artikelvorschläge und Absprachen über
pb@gnn-verlage.de. Tel: 0711/3040595,
freitags von 7 bis 12 Uhr.

US-Immobilien- und Bankenkrise geht weiter

Häusermarkt am Boden, Hypothekenbanken knapp gerettet

Der US-Häusermarkt ist weiter am Boden

Der US-Markt für Eigenheime ist immer noch Gegenstand weltweiter Aufmerksamkeit, auch an den Börsen. Als am 25. Juli das Statistische Amt der USA und das Wohnungsbauministerium neue Zahlen vorlegten, schossen die Kurse an den US-Aktienbörsen Minuten später erleichtert in die Höhe. Die an den Börsen als „gut“ eingestufte Nachricht war: im Juni wurden in den USA 530.000 neue Einfamilienhäuser verkauft. Das waren „nur“ 0,6 Prozent weniger als im Vormonat. Seit Januar wurden in den USA damit bisher in jedem Monat zwischen 500.000 und 600.000 neue Einfamilienhäuser verkauft. Soweit die „gute Nachricht“. Zum Vergleich: Hierzulande wurden im gesamten Jahr 2007 etwa 185.000 neue Wohnungen gebaut.

Die schlechte Nachricht: Verglichen mit 2007 lagen die Verkaufszahlen in den USA von Januar und Juni bisher regelmäßig 25 bis 33 Prozent niedriger als im jeweiligen Vorjahresmonat. 2007 wurden in den USA in jedem Monat durchschnittlich 776.000 neue Einfamilienhäuser verkauft. 2006 lag die Zahl der neu verkauften Einfamilienhäuser sogar über 1 Million im Monat.

Auch die Preise für Einfamilienhäuser – alte wie neue – fallen weiter. Am 22. Juli hatte die US-Bauaufsicht OFHEO einen Rückgang der Immobilienpreise im Mai 2008 von 0,3% gegenüber dem Vormonat gemeldet. Auch hier gab es eine „gute“ Nachricht: Experten hatten einen deutlich stärkeren Preisverfall befürchtet. Die schlechte Nachricht: in vielen US-Großstädten, besonders in von der Eigenheim-Krise besonders gebeutelten Südstaaten, in Florida und in Kalifornien lagen im Juli die Eigenheimpreise 20 bis 30% unter Vorjahresniveau.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind vielfältig und allesamt schlecht.

Erstens sinkt mit dem Preisverfall für neugebaute Eigenheime auch der Wert aller Eigenheime in den USA.

Einige Auswirkungen

Viele Eigenheimbesitzer haben ihr Wohneigentum als Sicherheit für Konsumentenkredite, z.B. Autokredite, eingesetzt. Weil der Wert ihrer Wohnungen sinkt, sinkt nun auch die Sicherheit für alle bereits getätigten und für neue Konsumentenkredite. Schon jetzt liegt die vorwiegend durch Ratenkredite finanzierte Autokonjunktur in den USA am Boden. Die Verkaufszahlen der durch den Anstieg der Öl- und Benzinpreise ohnehin kostspielig gewordenen großen Benzinschlucker fallen ins Bodenlose. Noch vor wenigen Jahren als Inbegriff amerikanischer industrieller Größe geltende Weltkonzerne wie General Motors und Ford kämpfen heute um ihr Überleben.

Zweitens steigt die Zahl der US-Familien, die – parallel zum Preisverfall der Wohnungen – ihre wegen der Subprime-Krise steigenden Hypothekenzinsen nicht mehr zahlen können. Der Branchendienst „RealtyTrac“ meldete am 20. Juli, im Juni habe es landesweit 252.000 Vollstreckungen, sprich Insolvenzen, gegen US-Eigenheimbesitzer gegeben. Verglichen mit der Zahl der Neuverkäufe heißt das: Auf jeden zweiten Verkauf eines neuen Einfamilienhauses kam im Juni 2008 in den USA eine Zwangsvollstreckung. Im Juni 2007, bei Beginn der „Subprime-Krise“, hatte die Zahl der Zwangsvollstreckungen gegen Einfamilienhausbesitzer noch 53 Prozent niedriger gelegen. Das Verhältnis zwischen Neukäufen und Zwangsvollstreckungen lag damals bei 6 zu 1.

Auch hier gibt es eine „gute“ Nachricht: Die Zahl der Zwangsvollstreckungen lag damit nämlich im Juni um 3 Prozent niedriger als im Vormonat Mai. Trotzdem ist die steigende

Zahl solcher Zwangsvollstreckungen inzwischen landesweit beunruhigend und ein Wahlkampfthema geworden. Die höchsten Insolvenzzahlen melden dabei die Südstaaten sowie Florida, Kalifornien, Nevada usw. Die mit Abstand höchste Rate von Zwangsvollstreckungen wies zum 18. Mal in Folge der US-Bundesstaat Nevada auf. Hier war jeder 122. Haushalt von Insolvenz bedroht. In Kalifornien, dem Staat mit der landesweit zweithöchsten Rate an Zwangsvollstreckungen, war im Juni „nur“ jeder 192. Haushalt bedroht. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete das in diesem Bundesstaat einen Anstieg der Zwangsvollstreckungen gegen Hausbesitzer um 77 Prozent. Im gesamten Staatsgebiet der USA war im Juni jeder 501. Haushalt von Zwangsvollstreckung bedroht.

Zum Vergleich: 2007 gab es in Deutschland etwa 105.000 Verbraucher-Insolvenzen. Wie viele davon mit dem Verlust der eigenen Wohnung verbunden waren, ist nicht bekannt. Die Zahl der im gleichen Jahr neu gebauten Wohnungen lag laut Statistischem Bundesamt bei 185.000.

Manche „Schreckensmeldung“ aus den USA wirkt hierzulande eher wie eine „Zurück-zu-normal“-Nachricht. So berichtete der im Besitz des New Yorker Bürgermeisters befindliche Börsendienst „Bloomberg“ unlängst, in den USA werde neuerdings ein Eigenanteil an der Gesamtfinanzierung des neuen Eigenheims von 20% verlangt (16.7.08). Das ist hierzulande seit Jahren gang und gäbe.

Noch ein Vergleich: In den letzten 25 Jahren haben sich die nominalen Preise für Eigenheime in Deutschland etwa verdoppelt. In den USA waren sie im Sommer 2007 auf das Fünffache des Niveaus von Anfang der 80er Jahre gestiegen. Wenn sie jetzt, ein Jahr später, um landesweit ca. 30% gefallen sind, bedeutet das für die Betroffenen zwar



enorme Verluste, gegenüber dem Preisniveau in den USA Anfang der 80er Jahre aber noch immer einen stärkeren Preisanstieg als in Deutschland.

Am Boden, aber nicht mehr im freien Fall?

Alles in allem erwecken diese Nachrichten den Eindruck: Die US-Immobilienwirtschaft ist am Boden, aber nicht mehr im freien Fall. Immerhin: Nach Schätzungen von Statistikern bedeutete der Einbruch in der Immobilienwirtschaft im ersten Quartal 2008 rund 1,6 Prozent weniger Wachstums des US-Bruttoinlandprodukts. Auch die Bauwirtschaft leidet, die Gewinnwarnungen von Bauunternehmen nehmen rapide zu, eine Pleitewelle wird erwartet. Ein Anstieg der Sparquote der privaten US-Haushalte sei unvermeidbar, heißt es. Konsum ohne finanzielle Rücklagen, nur mit vielen Scheckkarten und Krediten, das sei in den USA nun vorbei.

Auf der anderen Seite mehrten sich die Stimmen, die wieder Silberstreifen am Konjunkturhorizont malen. Die US-Zentralbank hat ihre Konjunkturprognose angehoben. Für das 2. Quartal wird nun 2% BIP-Wachstum erwartet, nach 1% im 1. Quartal. Der US-Einzelhandelsumsatz ist im Juni gestiegen, zwar nur um 0,1%, aber damit im vierten Monat in Folge. Ohne den Einbruch im Automarkt wäre der Einzelhandelsumsatz im Juni sogar um 0,8% gestiegen. Die massiven Steuergutschriften, die der US-Kongress im Frühjahr verabschiedet hatte, um eine Rezession zu vermeiden, würden nun ausgabewirksam, heißt es zur Erklärung. Auch international wächst der Optimismus. Der IWF hob Mitte Juli seine Wachstumserwartungen für die Weltwirtschaft von 3,7% auf 4,1% globales Wachstum im Gesamtjahr 2008 an. Für die USA rechnet der IWF mit 1,3% Wachstum im Jahresdurchschnitt. Vorher hatte er nur 0,5% erwartet.

Finanz- und Banken Krisen gehen weiter

Ganz anders sieht die Lage dagegen im Bankensektor aus. Im Geldgewerbe geht es weiter drunter und drüber. Mitte Juli brach die kalifornische Geschäfts- und Hypothekenbank Indymac zusammen. Indymac ist die größte Bank im Raum Los Angeles und die größte börsennotierte Hypothekenbank in den USA. Mehr als 200.000 Kunden stürmten die Bankniederlassungen, um ihr Geld zu retten. Auch wenn alle Guthaben bis 100.000 Dollar durch staatliche Garantien gesichert sind: Die Aktien der Bank sind derzeit keinen Penny wert, und wer mehr als 100.000 Dollar auf dieser Bank zurückgelegt hatte, wird sein Geld oberhalb der 100.000 Dollar nicht wiedersehen. Die Bankaufsicht spricht von etwa 1 Milliarde Dollar, die 10.000 reiche Kunden der Bank verloren

Was sagen die Präsidentschafts-Kandidaten?

Barack Obama – Unter der Überschrift „Amerikas Versprechen halten. Die Mittelklasse stärken“ findet sich im Internet unter www.barackobama.com das Programm des Kandidaten der Demokratischen Partei, Barack Obama. Ein Kapitel ist dabei dem „Schutz des Hausbesitzes“ gewidmet. 2,5 Millionen US-Hausbesitzern drohe der Verlust ihres Eigenheims, heißt es da. Millionen weitere Hausbesitzer hätten Verluste von über 160 Milliarden Dollar durch den Wertverfall ihres Eigentums erlitten. Ein 10 Milliarden-Dollar Notfall-Fond müsse geschaffen werden, um in Zahlungsnot geratene Hausbesitzer bei der Neuverhandlung ihrer Hypothekenkredite staatlich zu unterstützen. Steuervorteile bei Hypothekenschulden, die bisher auf Hausbesitzer mit über 50.000 Dollar Jahreseinkommen begrenzt waren, sollen künftig auch für Familien mit geringem Einkommen gelten. 10 Millionen US-Bürger sollen so 500 Dollar weniger Steuern pro Jahr zahlen. Drittens soll das Volumen staatlich garantierter, zinsgünstiger Hypothekenkredite um 10 Milliarden Dollar erhöht werden, damit Hausbesitzer bei der Umschuldung der etwa 1,7 Millionen Hypothekenverträge, die in den Jahren 2008 und 2009 auslaufen, darauf zurückgreifen können, um ihre Zinslast zu mildern.

Schließlich soll die Beratung beim

Erwerb von Hauseigentum verbessert, die Aufsicht über die Hypothekenbanken verschärft und die Strafverfolgung für betrügerische Praktiken bei Immobilien- und Konsumentenkrediten erheblich ausgeweitet werden.

John McCain – Die Vorstellungen des republikanischen Präsidentschaftskandidaten finden sich im Internet unter www.johnmccain.com. Es gebe nichts wichtigeres als die Aufrechterhaltung des amerikanischen Traums vom eigenen Heim, heißt es dort im Abschnitt „Arbeitsplätze für Amerika. Der Wirtschaftsplan von John McCain“, Zwischentitel „Home Plan“ (zu deutsch: „Heim-Plan“).

Erster Punkt ist die Forderung, kein Geld der Steuerzahler zur Rettung von Spekulanten oder leichtsinnigen Finanzmarkt-Akteuren auszugeben. Unterstützung dürfe es nur für Hausbesitzer selbst geben, für Banken nur, soweit damit „systembedingte“ Risiken abgedeckt würden.

Zweiter und zugleich letzter Punkt ist die Forderung, zinsverbilligte, staatlich garantierte Hypothekenkredite in nicht genannter Höhe an etwa 200.000 bis 400.000 US-Hausbesitzer auszugeben, die durch die Subprime-Krise unverschuldet in Not geraten seien und nun umschulden müssten. Außerdem sollten die Kommunen solchen Hausbesitzern helfen.

haben. Aus Angst vor einer drohenden Pleite hatten Anleger in den elf Tagen vor der Insolvenz bereits 1,3 Milliarden Dollar von dieser Bank abgehoben und damit das befürchtete Unglück selbst herbeigeführt. Die Indymac-Pleite gilt inzwischen als größter US-Banken-crash seit 1984 und zweitgrößter Banken-crash in den USA überhaupt.

Schon vor der Indymac-Pleite waren mehrere regionale Banken und Sparkassen Pleite gegangen. Die Bundes-Einlagensicherungs-Behörde FDIC soll nach Presseberichten interne Listen von bis zu 90 gefährdeten Banken führen, 53 Milliarden Dollar als „Feuerwehrfonds“ beiseite gelegt und 140 zusätzliche Fachleute eingestellt haben, um weitere Insolvenzen zu vermeiden.

Härtere Strafverfolgung und Spekulations-Verbote

Um eine Wiederholung des Indymac-Desasters zu vermeiden, greifen jetzt auch die Strafverfolgungsbehörden und die Bankenaufsicht härter durch. Das FBI ermittelt gegen Verantwortliche von Indymac, aber auch gegen 21 weitere, zum Teil große US-Finanzkonzerne. Mehr als 400 Personen

wurden landesweit seit März bereits wegen Bilanzbetrug und Insiderhandel – zum Teil zu Lasten der eigenen Bank – angeklagt. Mitte Juli forderte die US-Börsenaufsicht SEC eine Reihe von großen Investmentbanken, darunter bekannte Namen wie Goldman Sachs, Merrill Lynch und die US-Niederlassung der Deutschen Bank, sowie 50 Hedgefonds unter Strafandrohung auf, interne Akten, Dokumente und Emails herauszurücken. Der Verdacht gegen die Firmen: illegale Marktmanipulationen.

Die „Stimmungsmacher“ an den Börsen kommen immer mehr unter Verdacht, die Finanzkrise durch gezieltes Verbreiten von Panikgerüchten weiter anzuhetzen, um so Geschäfte zu machen. So sollen Goldman Sachs, Merrill Lynch und die Deutsche Bank gezielt negative Gerüchte verbreitet haben, um ihren Rivalen wie Lehman Brothers und Bear Stearns das Leben schwer zu machen. Lehman Brothers kämpft seit Monaten gegen Gerüchte, die Großbank stehe vor dem Aus. Ihr Aktienkurs ist in diesem Jahr bereits um 70% gefallen. Bear Stearns war im März kurz vor einer drohenden Zahlungsunfähigkeit ►

von der Konkurrenzbank JP Morgan übernommen worden, nachdem die Aktienkurse der Bank binnen weniger Tage nahezu implodiert waren.

Gleichzeitig verbot die US-Börsenaufsicht das sogenannte „Naked short selling“ von Papieren der beiden größten US-Hypothekenversicherer Fannie Mae und Freddie Mac sowie von 17 weiteren Wall-Street-Firmen. „Naked Short Selling“, auf deutsch „ungedeckte Leerverkäufe“ meint: Spekulanten bieten für einen Termin in naher Zukunft Aktien irgendeiner Firma zum Verkauf, ohne die Aktien dieser Firma überhaupt zu besitzen. Die Nachricht der Verkaufsangebote soll den Kurs der Papiere nach unten schicken. Die Spekulanten, die zum Zeitpunkt der Verkaufsauftrag Papiere dieser Firmen nur geliehen haben, verkaufen diese dann sofort in der Hoffnung auf fallende Preise, um sie später billiger zurückzukaufen und dann an den ursprünglichen Verleiher zurück zu geben – mit beträchtlichem Gewinn.

Solche Börsengeschäfte sind seit dem holländischen Tulpen-Crash von 1637 auch literarisch immer wieder Thema gewesen. In den USA waren solche Geschäfte seit 1938 bei fallenden Kursen verboten, nachdem in der Weltwirtschaftskrise Spekulanten damit die Geld- und Börsenkrise noch weiter vertieft und sich zugleich eine goldene Nase verdient hatten. Erst im Juli 2007 hatte die US-Regierung dieses Verbot unter dem Druck von Hedgefonds wieder aufgehoben. Jetzt hat die SEC das Verbot solcher Geschäfte für eine Reihe von Bankpapieren wieder eingeführt. Das Verbot ist zunächst bis 29. Juli befristet, kann aber um weitere 30 Tage verlängert werden. Mehrere Hedgefonds haben bereits eine Rücknahme des Verbots verlangt.

Fannie Mae, Freddie Mac

Ob die Hedgefonds mit dieser Forderung Erfolg haben, bleibt abzuwarten. Denn Mitte Juli gerieten auch die beiden größten Hypothekenbanken der Welt, die US-Banken Fannie Mae und Freddie Mac, ins Straucheln. Fannie Mae und Freddie Mac sind, wie in dieser Zeitschrift schon berichtet, halb staatliche, halb private Hypothekenbanken. Ihre Geschichte geht zurück auf den „New Deal“ der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts, als US-Präsident Roosevelt zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise einen staatlich regulierten, zweiten Markt für Hypothekenkrediten schaffen wollte, um so den Bau privater Eigenheime anzukurbeln. Inzwischen gehören beide Banken zu den größten Unternehmen der Welt. Auf der Forbes-Liste der 2000 größten Unternehmen der Welt rangiert Fannie Mae auf Rang 54, Freddie Mac auf dem 104. Unternehmen wie Walt Disney, Boeing oder Volkswagen liegen weit

dahinter. Beide Unternehmen, deren Aktien inzwischen auch an der New Yorker Börse gehandelt werden, verwalten ein enormes Hypothekenvermögen von rund 5.000 Milliarden Dollar. Das ist fast die Hälfte aller US-Hypothekenkredite. Zum Vergleich: Das Volumen aller US-Staatsanleihen im Besitz privater Investoren liegt ebenfalls bei etwa 5.000 Milliarden Dollar.

Im Juli kamen beide Banken – bedingt durch die weltweiten Abschreibungen im Bankenbereich, die sich inzwischen auf fast 400 Milliarden Dollar belaufen sollen, aber auch durch womöglich gezielt gestreute Gerüchte



– ins Straucheln. Fannie Mae hatte im 1. Quartal bereits gemeldet, 2007 mehr als 13 Milliarden Wertverluste auf Hypothekenkredite erlitten zu haben. Beide Unternehmen hatten sich deshalb im ersten Quartal 2008 durch Ausgabe neuer Aktien 13 Milliarden Dollar „frisches Geld“ besorgt.

Im Juli fielen dann die Aktienkurse beider Unternehmen durch immer neue negative Analystengerüchte – unter anderem war von einem sofortigen Kapitalbedarf von 75 Milliarden Dollar die Rede – binnen einer Woche um fast 50 Prozent. Dementsprechend sank die Eigenkapitalbasis der Unternehmen in den Keller. Ein Minimum von 20% Eigenkapital ist aber nach US-Recht unverzichtbare Basis für Kreditgeschäfte. Es war buchstäblich „Feuer unterm Dach“. Die Insolvenz beider Banken und der Zusammenbruch des US-Immobilienmarktes drohte.

In einer Nacht-und-Nebel-Aktion vereinbarten darauf Finanzminister Paulson, die US-Notenbank Fed und die Vorsitzenden beider Kammern im US-Kongress ein Notprogramm. Beide Unternehmen können ab sofort Zentralbank-Kredite von 2,25 Prozent in einem Volumen bis 300 Milliarden US-Dollar in Anspruch nehmen, wenn das ihre Finanzsituation erfordert. So günstige Zentralbank-Kredite bekommen bisher nur US-Handelsbanken und wenige große Wallstreet-Firmen. Gleichzeitig gab die US-Regierung öffentlich bekannt, sie werde notfalls Aktien beider Unternehmen kaufen,

um deren Kurs zu stabilisieren. Faktisch ist das Paket eine erneuerte Staatsgarantie für beide Unternehmen – und für ihre Kredite. Entsprechend war die Reaktion der Börse. Die Aktienkurse beider Unternehmen schossen wenige Stunden nach Bekanntgabe des Notpakets wieder um 30 Prozent in die Höhe.

Der US-Kongress hat das Programm inzwischen mit den Stimmen beider Parteien bestätigt. Zusätzlich hatte der US-Kongress schon vorher die Federal Housing Administration FHA berechtigt, bis zu einem Volumen von 300 Milliarden Dollar refinanzierte Hypothekenkredite staatlich zu garantieren, wenn der bisherige Kreditgeber, meist die Bank, auf 10% der Kreditsumme verzichtet und wenn gleichzeitig einigermaßen sicher ist, dass der Hausbesitzer die so gesenkte Hypothekenschuld auch tilgen und alle verbleibenden Zinsen bezahlen kann. US-Gemeinden sollen zusätzlich noch einmal 4 Milliarden Dollar erhalten, um Zwangsversteigerungen privater Eigenheime zu vermeiden. Diesen Teil des Pakets hatte US-Präsident Bush ursprünglich mit einem Veto verhindern wollen. Unter dem Druck der Öffentlichkeit zog er diese Veto-Ankündigung inzwischen zurück.

Ende offen

Ob die Rettung dieser beiden Hypothekenbanken reichen wird, um die Krise an den Finanzmärkten insgesamt zu beenden, bleibt abzuwarten. Denn der Wertverfall von Schuldscheinen jeder Art dauert offenbar weiter an. Kaum jemand im Geldgewerbe traut heute noch vielerlei Wertpapieren. Folglich müssen immer weitere Banken solche Papiere abschreiben, weisen Verluste aus, verlieren an Börsenwert und geraten so ins Trudeln.

Hypothekenmärkte in anderen Ländern – unter anderem in Großbritannien und Spanien – machen derzeit ähnlich unangenehme Erfahrungen, nachdem sie jahrelang ähnliche Boomperioden im Immobilienmarkt, ständig steigende Häuserpreise und damit verbundene Bau- und Hypothekengeschäfte durchlebt haben. Das drückt auch in diesen Ländern erheblich die Konjunktur. Hinzu kommt: Der mit dem Vertrauensverlust in US-Papiere verbundene Kursverfall des Dollar erschwert die Exporte in die USA und drückt so im Ausland zusätzlich die Konjunkturerwartungen. Die mit der US-„Subprime-Krise“ im letzten Sommer ausgelösten Schocks und bösen Überraschungen sind also noch nicht zu Ende.

rül

Quellen: Handelsblatt Finanzzeitung, Ausgaben seit 1.7.08; Tagesspiegel, Berliner Zeitung, Spiegel Online, div. Ausgaben; US Census Bureau News, 17. und 25. Juli 2008, NZZ, 20. und 25.7.08

Wahlkampf in Bayern

Die Partei Die Linke hatte die erforderliche Zahl an Unterstützungsunterschriften eine Woche vor Schluss beisammen (im Regierungsbezirk Oberbayern waren das je 2000 für die Landtagswahlliste und für die gleichzeitig stattfindende Wahl zum Bezirkstag). Am 1.8., nach unserem Redaktionsschluss, wird über die Zulassung der Listen in den sieben Regierungsbezirken entschieden.

Wegen des Verdachts der Fälschung von Unterstützungsunterschriften waren in den letzten Wochen einige Wohnungen von NPD-Funktionären durchsucht worden¹. Über den Stand der Ermittlungen ist bis jetzt nichts bekannt geworden. Sicher ist, dass die NPD eine ausreichende Zahl von Unterschriften in allen sieben Regierungsbezirken Bayerns einreichen konnte. Nach den Erfahrungen bei der Kommunalwahl werden die Wahlauschüsse die NPD-Listen höchstwahrscheinlich nicht stoppen. Das in Bayern besonders großen Potential rechtsextremer Meinungen² kann mithin neben der CSU in Erscheinung treten. Bisher sprechen die Umfragen von zwei Prozent.³ An und auf der Schwelle zum Landtag stehen drei Parteien: Die FDP mit Umfragewerten meist über 5%, sowie die „Freien Wähler“ leicht unter 5% und Die Linke mit Werten von 5%. Pressemeinungen und Verlautbarungen der anderen Parteien schließen einen Wahlerfolg der Partei Die Linke keineswegs aus.

Ein Blick auf die Wahlprogramm

Am letzten Wochenende hat Die Linke über ihr Wahlprogramm beschlossen, die Woche davor die CSU. Damit liegt nun das ganze Spektrum der Parteimeinungen vor. Die CSU zielt nach wie vor auf die absolute Mehrheit. Sie hat aber eine Strategie entwickelt, die ihr Koalitionen vor allem mit der FDP und den Freien Wählern ermöglichen würde. Eine Koalition mit der SPD oder gar mit den Grünen will die CSU nicht abschließen. Warum auch? Selbst wenn man die besten Umfragewerte der letzten Monate addiert kommen SPD (21%), Grüne (12%) und Die Linke (5%) zusammen nur auf 38%.

Die CSU arbeitet an der Formierung einer Mehrheit rechts von der Mitte. Sie wirbt für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts und verspricht die Stabilisierung der Lebensbedingungen vor allem von „Familien“. Stabilität und Entwicklungsperspektiven sollen einerseits durch Leistungsbeurteilung erschlossen werden, andererseits durch Ergattern von speziellen Vorteilen. Es ist dieser Unterton von Missgunst gegen den Bund, die fremde

Welt und überhaupt andere Leute, mit dem die CSU die 50% + x erreichen will. Vorteile „für Bayern“ durch die Sonderstellung der CSU im Bund herauschlagen, Vorteile „für Deutschland“ auch als Leitmotiv der Außenpolitik, Vorteile „für die Deutschen“ durch Repression von „Ausländern“. Mit dieser schäbigen, ressentimentbezogenen Politik geht es der CSU um den rechten Rand, um das „+ x“.

Die große Masse der Stimmen zieht sie auf andere Weise. Die integrierende Kraft der Partei ergibt sich aus Modernisierungsvorstellungen, dem gezielten Einsatz staatlicher Mittel zur Förderung von Privatwirtschaft und Karrierechancen. Mit ihrem Regierungsprogramm 2008-2013 will die CSU „Bayern“ zur Wachstumsregion in Europa und weltweit machen. Mit diesem Ziel stellt sich die regierende CSU zwei großen Problemkomplexen der bayerischen Politik. Erstens geht es um die Differenz zwischen „Franken“ und „Bayern“, dabei auch um den Rang der Zentren München und Nürnberg. Zweitens geht es um die Beziehung zwischen „der Stadt“ und „dem ländlichen Raum“. Hinter dem „Regierungsprogramm“ der CSU steckt die Vorstellung, diese Probleme in ein Netzwerk sich ergänzender Stärken zu überführen, und zwar durch gezieltes staatliches Handeln. Die Hauptlosung der CSU lautet konsequent: *Für ein starkes Bayern*.⁴

Völlig anders angelegt ist das Programm der Partei die Linke. Es geht nicht „vom Standort“ aus, sondern vom Menschen, der dort lebt und den Ungleichheiten und Ungerechtigkeit ausgesetzt ist, die der Markt produziert. Gefordert wird, durch staatliches Handeln Entstehung, Verfestigung und Fortdauer von sozialen Ungleichheiten zu bekämpfen. Die Hauptlosung Der

Bombenanschlag in Istanbul

Im Zeichen des Machtkampfs

Bei Redaktionsschluss ein Tag nach dem Anschlag in Istanbul, bei dem mindestens 17 Menschen starben und über 150 verletzt wurden, ist die Situation unübersichtlich. Die Polizei wollte in ihren ersten Stellungnahmen bereits „Indizien“ für die Beteiligung der PKK am Bombenanschlag gefunden haben. Auch Erdogan sprach auf einer Kundgebung von dem „hohen Preis“, den man für die „Bekämpfung des Terrors in den Bergen“ zu zahlen habe. Die PKK meldete sich umgehend zu Wort mit der Erklärung, dass dieser blutige Anschlag mit dem kurdischen Befreiungskampf unvereinbar sei.

Wo aber sind die Täter zu suchen? Ist es Zufall, dass der Anschlag am Vorabend des 28. Juli verübt wurde, der Tag, an dem das Verfassungsgericht das Verbotverfahren gegen die regie-

Linken lautet: *Bayern für alle*.⁵

Stellt man die Losungen „Für ein starkes Bayern“ – „Bayern für alle“ nebeneinander, so fällt zunächst auf, dass sie keinen Gegensatz bilden. Es ist sogar so, dass der Inhalt der zweiten Forderung über die erste definiert wird. Wäre das Land ruiniert, wäre „Bayern für alle“ keine Forderung, sondern eine Warnung oder Drohung. Während die FDP und die Freien Wähler in der Konzeption der CSU gut aufgehoben sind, hält die Programmatik der Linken Anschluss zur SPD und zu den Grünen.

Die Kritik der SPD, der Grünen und eben auch der Linken entwickelt keine Alternative zur CSU-Politik, es ist eine Kritik, die Aus- und Nachbesserungen verspricht, zweifellos eine Aufgabe der Opposition und zweifellos im Programm der Linken weitreichend und detailliert vorgezeichnet. Während die CSU den Part der Regierungspartei besetzt, glänzt die vorderhand unverbrauchte Partei Die Linke in der Rolle der Opposition.

Als Konflikt zwischen Konservatismus und Linken angelegt ist die Schulpolitik. Von Staat und Wirtschaft aus gesehen, sind hier Investitionen fällig, von den einzelnen Menschen aus gesehen, Gerechtigkeit und Ausgleich schlechter Startchancen. Und an diesem Punkt sieht man auch die Schwäche in der Strategie der Partei Die Linke. Wollte sie mit diesem Forderungen weiterkommen, müssten die Mehrheitsverhältnisse in der Bevölkerung verschoben werden, mehr Linke bei weniger Linken nützen da gar nichts.

Martin Fochler

¹ <http://wahlen.aida-archiv.de, a.i.d.a. Sonderseite Wahlen;>

² Politische Berichte 7/08;

³ www.wahlrecht.de;

⁴ www.csu.de;

⁵ www.dielinke-bayern.de

rende AKP eröffnet? Tatsächlich hat der Machtkampf in der Türkei eine neue Stufe erreicht.

Im Juni 2007 hatten Polizisten im Istanbul Stadtteil Ümraniye ein Waffenlager ausgehoben, dessen Spuren, so die offizielle Legende, zu verschiedenen Anschlägen in den vorhergegangenen Jahren einerseits, zu hohen Militärs insbesondere der offiziell nicht existierenden Geheimdiensteinheit der Gendarmerie JITEM andererseits führten. In diesem Zusammenhang wurden im Januar 2008 rund 60 Personen festgenommen, denen die Bildung einer terroristischen Geheimorganisation namens „Ergenekon“ vorgeworfen wurde. Diese Organisation wird u.a. auch mit dem Mord an Hrant Dink und Anschlagsvorbereitungen gegen Orhan Pamuk

und mehrere kurdische Politiker in Verbindung gebracht. Eine zweite Verhaftungswelle im Zusammenhang mit „Ergenekon“ fand unmittelbar nach Ankündigung des Verbotsantrags gegen die AKP statt. Der Antrag wird mit der Abschaffung des Kopftuchverbots durch die Regierungsmehrheit begründet. Inzwischen wurde bekannt, dass die nationalistisch-chauvinistisch geprägte Mobilisierung gegen die Aufhebung des Kopftuchverbots von einer „Arbeitsgruppe Republik“ gesteuert wurde, die vor Jahren unter dem Dach des Generalkommandanten der Gendarmerie gegründet worden war und die personell mit vielen „Ergenekon“-Verdächtigen verflochten ist. Das Kopftuchverbot – auch das ein Ausdruck des sich zuspitzenden Machtkampfes – wurde Anfang Juni durch das Verfassungsgericht aufgehoben. „Die Entscheidung des Verfassungsgerichts“, schreibt Murat Cakir im Juli-Heft von „Sozialismus“, „eine vom Parlament mit einer absoluten Mehrheit beschlossene Verfassungsänderung für nichtig zu erklären, wird in der Türkei strömungsübergreifend als ein ‚juristischer Putsch‘ bewertet.“

Am 14. Juli dann veröffentlichte die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift gegen 86 Personen, unter ihnen elf pensionierte Offiziere, ein Anwalt, der für die meisten Klagen gegen türkische Intellektuelle verantwortlich zeichnet, und andere z.T. bekannte Ultranationalisten. Ihnen werden Mitgliedschaft in einer Terrororganisation, Vorbereitung eines Staatsstreichs und Aushöhlung der öffentlichen Ordnung vorgeworfen. Und jetzt, Ende Juli, also die Eröffnung des Verbotsverfahrens, von dem trotz gegenteiligem Gutachter-spruch allgemein erwartet wird, dass es zum Verbot der AKP und womöglich auch zu mehrjährigem Politikverbot für seine führenden Vertreter führen wird.

Der Hintergrund für diese tiefe Krise kann an dieser Stelle nicht ausgeleuchtet werden. Der schon zitierte Murat Cakir, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, sieht eine „Mitschuld der AKP“, vor allem weil sie den Schwung der breiten Unterstützung bei den Wahlen im Juli 2007 nicht zur Demokratisierung nutzte, betont aber, dass Parteienverbote seit Gründung der Republik ein Charakteristikum der „Demokratie“ seien, einer „Demokratie“, deren Konstante das militärische Vormundschaftsregime sei. Die AKP wäre die 24. Partei, die verboten würde; ein weiterer Verbotsantrag richtet sich gegen kurdische Partei DTP.

Ob die Verantwortlichen des Anschlags ermittelt werden, ist unklar. Aber in den nächsten Wochen kann deutlich werden, wem der Zustand der Spannung und blinden Gewalt nutzt.

Christiane Schneider

Meldungen zur Lage der Roma in Europa

Wir haben in den letzten Ausgaben über die Diskriminierung von Roma in Italien berichtet. In diesem Land nimmt die Verfolgung dieser größten Minderheit in Europa heftig zu. Aber auch in anderen Ländern ist ihre Lage prekär.

Vor einigen Monaten verurteilte der Europäische Gerichtshof (EUGH) erstmals die indirekte Diskriminierung von Roma in der Tschechischen Republik, insbesondere was ihren Zugang zu Wohnungen, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Schulbildung angeht. In dem Urteil, ging es konkret darum, dass viele Roma-Kinder in Tschechien auf Sonderschulen abgeschoben werden: 75 Prozent der Roma-Kinder sind Sonderschüler! Auch Griechenland musste sich jüngst aufgrund der Klage von Eltern wegen entsprechender diskriminierender Praxis im Bildungswesen vor dem EUGH in diesem Jahr rechtfertigen. Auch Kroatien wurde wegen Diskriminierung von Roma und Sinti verurteilt, weil bei einer Gewalttat, der ein Roma zum Opfer fiel, die Täter

Ebene und weit reichender sozialer Ausgrenzung ausgesetzt sind. Eine der Schlussfolgerungen des Berichts ist, dass es zwar auf EU-Ebene einen Rahmen unterschiedlicher Instrumente zur Unterstützung der Integration der Roma gibt – insbesondere mit den EU-Strukturfonds –, in den Mitgliedstaaten aber ein erhebliches Umsetzungsdefizit besteht. Während die EU über klare Kompetenzen im Bereich Nichtdiskriminierung verfügt, die die Verabschiedung von Rechtsvorschriften zur Gleichbehandlung und zur Überprüfung der korrekten Umsetzung ermöglicht, sind die Mitgliedstaaten jedoch in erster Linie für die Bereiche verantwortlich, die für die Integration der Roma von größter Bedeutung sind, so für Bildung, Beschäftigung und soziale Integration. Immer-



nicht strafverfolgt wurden und den Anzeigen nicht entsprechend nachgegangen wurde. – Die Diskriminierung ist aber keineswegs auf Süd- und Osteuropa beschränkt. In Hamburg ging der Bezirksliche Ordnungsdienst Mitte äußerst hart gegen Kinder und Jugendliche aus Rumänien, darunter viele Roma, vor, die an Straßenkreuzungen Autofenster säuberten. Mit dem erklärten Ziel der Abschreckung durchsuchte man die Kinder und Jugendlichen, die oft mit Handschellen gefesselt wurden, und nahm ihnen jeden Cent ab, den man fand.

EU-Kommission verurteilt Diskriminierung von Roma

In einem am 2. Juli veröffentlichten Bericht stellt die EU-Kommission fest, dass Millionen von Europäern, die der Minderheit der Roma angehören, ständiger Diskriminierung auf persönlicher wie institutioneller

hin förderte die EU zwischen 2000 und 2006 spezielle Projekte für Roma mit 275 Mio. EUR, darüber hinaus wurden 1 Mrd. EU-Gelder für benachteiligte Gruppen, einschl. Roma, ausgegeben. Italien z.B. machte jedoch von den EU-Programmen keinerlei Gebrauch. Der EU-Bericht sowie eine am 2. Juli 2008 angenommene Mitteilung werden am 16. September auf einem EU-Gipfel über die Roma in Brüssel diskutiert.

„Schlechte Lage der Roma in Europa“

Die rumänische Zeitung *Cotidianul* kommentierte den Bericht am 14. Juli so: „Das Leben der Roma wird in dem Bericht in einem extrem düsteren Ton beschrieben: Ihre Lebenserwartung liegt 10 bis 15 Jahre unterhalb des europäischen Durchschnitts. Sie sind extrem arm und werden sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch im Bildungssystem offen diskriminiert ... Die neuen

EU-Länder werden gelobt, weil mit ihnen ein steuerloser Freihandel möglich ist. Doch wenn es um Probleme geht, wie beispielsweise die Integration der Roma ... sind [diese Länder] das hässliche Entlein. Doch ist die Integration [der Roma-Minderheit] ein europäisches Problem ... Selbst wenn es nicht solche extreme Maßnahmen wie in Italien gibt, wie die Speicherung der Fingerabdrücke aller Roma, belassen es die öffentlichen Stellen in Rumänien dabei, die Roma wie Bürger zweiter Klasse zu behandeln.“

Italien beginnt mit biometrischer Zwangserfassung

Anfang Juli wurde bekannt, dass die italienische Regierung allen internationalen Protesten zum Trotz damit begonnen hat, die Fingerabdrücke der in Lagern lebenden Roma zu erfassen. Die Regierung ernannte die Präferkten von Rom, Mailand und Neapel zu so genannten „Kommissaren für den Roma-Notstand“ und stattete sie aus mit „Sonderbefugnissen für die Identifizierung von Personen, einschließlich Minderjähriger, auch durch die Aufnahme von Fingerabdrücken“. Sie wurden ermächtigt, „von einer Reihe von Gesetzen abzuweichen, die ein breites Spektrum von Fragen betreffen, die die verfassungsmäßigen Vorrechte berühren“. (Zitate aus der Resolution des EU-Parlaments, siehe nächste Meldung)

Die *Gesellschaft für bedrohte Völker* wies darauf hin, dass eine frühere Berlusconi-Regierung aufgrund vor allem des Drängens der Lega Nord Sinti und Roma von der offiziellen Liste der italienischen Minderheiten im Rahmen des Minderheitengesetzes 482 von 1999 ausgeschlossen hatte. Aufgrund der fehlenden gesetzlichen Anerkennung als Minderheit könnten die Roma und Sinti nicht einmal auf Mindestgarantien für ihre Rechte hoffen. Schändlich verfallene so genannte „Zigeunerlager“ seien seither Regel und Normalität geworden. Italien sei das einzige Land der EU, in dem der Staat ein ganzes Netz von Ghettos organisiert und betreibt. Umso zynischer sind die Begründungen der Regierung für die jüngsten Maßnahmen: Man wolle das Leben der legal in den Lagern lebende Bewohner verbessern und die Roma-Kinder vor Ausbeutung schützen, so Innenminister Maroni.

Die österreichische Tageszeitung *Die Presse* kommentierte: Vor allem der Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer Gianfranco Fini und seine Mitstreiter sollten sich daran erinnern, „dass ihre früheren politischen Vorbilder gemeinsam mit deren deutschen ‚Freunden‘ schon einmal Italiens Roma kollektiv registriert hatten. Was damals mit Registrierung begann,

endete in den Gaskammern von Auschwitz.“ (5.7.)

EU-Parlament fordert Italien zur Umkehr auf

Das EU-Parlament verabschiedete am 10.7. mit einer Mehrheit von 336 gegen 200 Stimmen bei 77 Enthaltungen eine Resolution, mit der Italien aufgefordert wurde, die Erfassung von Fingerabdrücken der im Lande lebenden Roma zu unterlassen, „da dies eindeutig einen Akt der Diskriminierung aus Gründen der Rasse und der ethnischen Herkunft darstellen würde, der nach Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention untersagt ist, und außerdem ein Akt der Diskriminierung der Unionsbürger, die von Roma oder Nomaden abstammen, gegenüber denjenigen wäre, die eine solche Abstammung nicht haben und sich solchen Verfahren nicht unterziehen müssen“. Das EU-Parlament wies darauf hin, dass sich „Maßnahmen, die die Ausgrenzung verstärken, sich bei der Kriminalitätsbekämpfung nie als wirksam erweisen werden und nicht zur Kriminalitätsverhütung und Sicherheit beitragen werden“. Alle Formen von Rassismus und Diskriminierung der Roma und anderer Gruppen, die als „Zigeuner“ angesehen werden, seien „nachdrücklich und unmissverständlich“ zu verurteilen. www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=MOTION&reference=B6-2008-0348&language=DE

Rechte Formierung

Der italienische *Corriere della Sera* kommentierte die Resolution des EU-Parlaments am 11.7.: „Der Verdacht einer politischen Attacke ist stark. Er wird von der demonstrativen Form genährt, mit dem die europäischen Sozialisten Nikolas Sarkozy bedrängt haben, Druck auf Silvio Berlusconi auszuüben ... Die Straßburger Mahnung ist nicht bindend, sie riecht nach einem politischen Manöver und ist verabschiedet worden, ohne die Meinung der EU-Kommission abzuwarten ... Die Erfassung der Fingerabdrücke der Roma-Kinder spiegelt die kulturellen Überzeugung einer Mehrheit ... wieder. [Der amtierende EU-Ratspräsident] Sarkozy entgegnete den Sozialisten, dass [die Erfassung] für einen Kurswechsel der rechten Mitte steht, die von Berlusconi geführt wird, der zum dritten Mal von den Italienern zum Premier gewählt worden ist. Ein tadelloser Einwand. Bleibt abzuwarten, ob er die Unterstützung anderer EU-Länder einläutet oder ob sich Italien zum wiederholten Mal auf eine Kraftprobe mit Europa einlassen muss – in einer Einsamkeit, die so mancher Gegner gerne in Isolierung verwandeln würde.“

OSZE entsendet Mission nach Italien

Am 22.7. wurde bekannt, dass die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine Mission nach Italien entsendet, um Informationen über die Lebensbedingungen der Sinti und Roma zu sammeln. An der Mission beteiligen sich auch Vertreter des Büros für Menschenrechte des Europarats und Mitglieder italienischer NGOs. Am 11./12.7. hatte die OSZE eine Konferenz über die Lage der Roma und Sinti durchgeführt und über verbesserte Möglichkeiten der Integration diskutiert. Der Konferenz lag u.a. ein Bericht mehrerer NGOs vor: „Sicherheit à la Italien: Abnahme von Fingerabdrücken, extreme Gewalt und Übergriffe gegen Roma in Italien“, in dem die Entwicklung seit April 2008 dokumentiert ist: neben anderen Miss-



handlungen und Zwangsräumungen von Roma durch die Polizei, extreme Gewalt durch nichtstaatliche Akteure und das Versagen der italienischen Behörden, die Täter zu bestrafen. – Am Rande der Konferenz demonstrierten einige Dutzend Menschen (Bild).

„Ungarischen Garde“

In den letzten Tagen berichteten mehrere Zeitungen, darunter die „FAZ“ und die österreichische „Presse“, vom Treiben der faschistischen „Ungarischen Garde“ gegen Roma und andere Minderheiten. In immer mehr ungarischen Dörfern marschieren demnach Einheiten der in SS-Stil uniformierten „Garde“ auf, um auf die „Zigeuner-kriminalität“ aufmerksam zu machen. Sie führen „Nachtspaziergänge zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit“ durch, halten „verdächtige“ Personen fest und terrorisieren gezielt die Roma-Bevölkerung. Neben den Roma haben die neuen Faschisten weitere Feindbilder: die Juden als „Lenker der Globalisierung“, die Homosexuellen und die „Kommunisten“, die sie mit der Regierung gleichsetzen. Vor einigen Wochen griffen Neonazis die Gay Pride Parade in Budapest mit Eiern, Steinen und anderen Wurfgeschossen an. Zuvor hatte die Polizei Säuren und Chemikalien sichergestellt und damit noch schwerere Angriffe vereitelt.

Zusammenstellung
Christiane Schneider

Internationaler Protest gegen den Kölner Rassistenkongress

KÖLN. Bereits seit Jahren ist in Köln – und mittlerweile auch in anderen Teilen Nordrhein-Westfalens – eine rechte Organisation aktiv, die sich „pro Köln“ (bzw. „pro NRW“) nennt. Sie bezeichnet sich selbst als rechtspopulistisch und hat enge Verbindungen zur österreichischen FPÖ und dem „Vlaams Belang“ in Belgien. Wie diese tritt sie vor allem mit offenem Rassismus hervor, der sich als Antisemitismus tarnt und gegen hier lebende Migranten richtet. In diesem Zusammenhang lädt „pro Köln“, deren führende Funktionäre teilweise aus offen neofaschistischen Gruppierungen (wie den Jungen Nationaldemokraten und der Deutschen Liga) kommen, seit Monaten zu einem Kongress in Köln am 19./20. September gegen die angebliche Islamisierung Europas ein. (...) Gegen diesen provokatorischen Versuch, eine europäische Internationale der Rassisten zu bilden, formiert sich allerdings auch breiter internationaler Widerstand: Derzeit mehr als 70 Gruppen und Einzelpersonlichkeiten, darunter auch die VVN/BdA sowie bekannte Kölner Kabarettisten wie Jürgen Becker und Wilfried Schmickler, rufen dazu auf, den angekündigten Protest durch massenhafte Blockaden zu verhindern. Eine „organisierte Verstopfung“ der Stadt soll den Rechten keinen Raum lassen, ihre rassistische Hetze zu verbreiten. Ergänzt wird diese Initiative durch einen Aufruf unter dem Titel: „Wir stellen uns quer: Europäische Rassisten haben in Köln keinen Platz!“, in dem u. a. der Kölner DGB-Vorsitzende, der Bürgermeister von Brüssel, der Vorsitzende der FIR und ehemalige belgische Partisan Michel Vanderborght und andere Prominente fordern: „Der angekündigte Rassistenkongress darf nicht stattfinden.“

www.vvn-bda.de, <http://www.hingesetzt.mobi/>

Amtsenthörung gegen rechten Musiker erfolgreich

STUTTGART. Im Januar 2008 beschloss das Arbeitsgericht in Stuttgart die Amtsenthörung von Oliver Hilburger als Schöffe beim Arbeitsgericht. Zur Begründung führte das Gericht seine neonazistischen Aktivitäten an – zu Recht, wie das Bundesverfassungsgericht im Mai befand. Bereits seit vier Jahren war der rechte Musiker auf Vorschlag der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) ehrenamtlich als Richter tätig. Auch auf betrieblicher Ebene war Hilburger aktiv: Bis Juli 2007 vertrat er die CGM als Mitglied im Betriebsrat bei Daimler in Untertürkheim. Durch Druck seitens der IG Metall Betriebsräte musste Hilburger sowohl das Betriebsratsmandat als auch sei-

nen Sitz im Landesvorstand der CGM niederlegen. Ein weiterer Neonazi und führender Kopf der Neonazi-Online-Plattform „Thule Netz“, Thomas Scharfy, ist allerdings weiterhin im CGM Bezirksvorstand in Stuttgart aktiv. Die Band Hilburgers – „Noie Werte“ – gehört zu den ältesten Neonazibands in Deutschland. Auf deren Konzerten wird gern einmal der Hitlergruß gezeigt; in den Texten alte Nazigrößen wie etwa Rudolf Heß verherrlicht und zu Gewalt gegen AntifaschistInnen aufgerufen. Auch auf der „Schulhof CD“, die die NPD 2004 und 2005 unter SchülerInnen verbreitete, befanden sich Lieder von „Noie Werte“.

Mit dem Urteil vom Mai 2008 bestätigte das Bundesverfassungsgericht nun, dass auch seine Amtsenthörung durch das Arbeitsgericht Stuttgart rechtmäßig ist. Dass sich Nazis um öffentliche Ämter bewerben, ist kein Einzelfall, sondern durchaus Strategie: Im Frühjahr warnte die Gewerkschaft Verdi in Berlin davor, dass die NPD gezielt unter ihren AnhängerInnen werbe, sich bei der diesjährigen Schöffenwahl aufstellen zu lassen. Verdi rief ihrerseits ihre Mitglieder dazu auf, sich als Schöffe/ Schöffin zur Verfügung zu stellen, um das ehrenamtliche Richteramt nicht den Rechten zu überlassen. (Dieser Beitrag wurde der Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juli/August 2008“ entnommen.) www.gelbehand.de



Knapp 2.000 Menschen bei Beats against Fascism

KARLSRUHE. Fast 2.000 Teilnehmer brachten am 25.7.2008 bei der Kundgebung „Beats against Fascism“ am Stephansplatz ihre deutliche Ablehnung gegen das in Durlach entstehende NPD-Zentrum zum Ausdruck. Mit Redebeiträgen, Infoständen, Live-Acts und verschiedenen weiteren Aktionen stellten antifaschistische Gruppen ein vielfältiges politisches und kulturelles Angebot zusammen. Die Autonome Antifa Karlsruhe zeigte sich sehr zufrieden über den Verlauf der Open Air-Kundgebung, obschon sie die vorgegangene systematische Blockadepolitik der Stadtverwaltung gegenüber der Veranstaltung weiterhin scharf kritisiert. www.stattweb.de

Die Bürger wollen keine Zuschauerdemokratie

BERLIN. „Jeder Dritte glaubt nicht mehr an die Demokratie“, lautete Anfang Juli der Tenor vieler Medienberichte zur neuen Studie des Institutes Polis/Sinus für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Angst vor dem sozialen Abstieg und Unzufriedenheit mit der eigenen prekären Lebenssituation werden dabei mit Entfremdung vom politischen System „Demokratie“ in Zusammenhang gebracht. Der Verein Mehr Demokratie kritisiert diese Lesart als verkürzt: „Was die Befragten kritisieren, ist nicht die Staatsform Demokratie, sondern die praktizierte Zuschauerdemokratie, in der sich die Bürger machtlos fühlen“, stellt Huber klar. Es sei deshalb überzogen, jetzt so zu tun, als wäre ein beträchtlicher Teil der Deutschen antidemokratisch. Aus der Studie geht hervor, dass viele Menschen sich als Verlierer der momentanen Gesellschaftsordnung fühlen und mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland unzufrieden sind. 25% der gut 2.500 Befragten distanzieren sich laut der Studie von der Demokratie „wie sie bei uns heute ist“, weitere 3% finden das zumindest nachvollziehbar. Daraus zu folgern, dass all diese Menschen die Demokratie abschaffen wollten, sei voreilig, so Huber. Sicher ist für Mehr Demokratie nur, dass viele Bürger sich eine andere Ausgestaltung der Demokratie mit mehr Beteiligungsmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechten wünschen.

<http://demokratie.mine.nu>

Klage gegen Studiengebühren beim Bundesverfassungsgericht eingereicht

FRANKFURT A.M. Am 11. Juni dieses Jahres hatte der hessische Staatsgerichtshof mit einer denkbar knappen Mehrheit von sechs zu fünf Stimmen die hessischen Studiengebühren als verfassungskonform abgesegnet. Gegen dieses „politische Urteil“ haben nun Studierende Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht. Die Kläger argumentieren, dass auch der Hessische Staatsgerichtshof an die Grundrechte des Grundgesetzes gebunden und daher verpflichtet sei, die hessische Verfassung „im Lichte des Grundgesetzes“ und der für ihn verbindlichen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auszulegen. Dies sei im konkreten Fall nicht geschehen ... Zur Motivation der KlägerInnen erklärte Mike Josef, selbst Kläger und Student an der Universität Frankfurt: „Studiengebühren verstoßen aus unserer Sicht weiterhin gegen die hessische Landesverfassung. Daran ändert auch das politisch motivierte Urteil des hessischen Staatsgerichtshofes nichts. Wortlaut und Sinn der

hessischen Verfassung wurden von der richterlichen Mehrheit eindeutig mit Füßen getreten. Die Entscheidung verkennt vor allen Dingen die finanziellen Belastungen, die Studierenden durch Studiengebühren während oder nach ihrem Studium entstehen. Insbesondere die Situation von Studierenden mit Kind und die Folgen für die Gleichstellung von Frauen und Männern werden nicht annähernd berücksichtigt.“

www.fzs.de

„Nein zum Ausstieg aus dem Ausstieg!“

GORLEBEN. Schon über 10.000 Bürgerinnen und Bürger haben innerhalb von drei Tagen eine Online-Erklärung gegen ein Comeback der Atomenergie unterzeichnet. Die Erklärung wird von einem Bündnis von Umweltverbänden unterstützt. Sie fordern am Atomausstieg festzuhalten und die alten Reaktoren unverzüglich abzuschalten. Die Erklärung erinnert an das hohe Risiko des Betriebs der Atomkraftwerke und die ungelöste Endlagerung des entstehenden Atomabfalls. Sie widerlegt die Behauptung der Energiekonzerne, dass der Weiterbetrieb der Atomreaktoren das Klima schützen würde. Die Erklärung soll in Anzeigen in großen Tageszeitungen und bei öffentlichen Aktionen präsentiert werden und auf die bundesweite Anti-Atom-Demonstration in Gorleben am 8. November hinweisen. www.atomkraft-abschalten.de

Großdemonstration am 25.9. in Berlin: Der Deckel muss weg – mehr Geld für Krankenhäuser!

BERLIN. Die Gewerkschaft Verdi ruft zur bundesweiten Demonstration am 25.9.08 in Berlin auf, denn ihrer Meinung nach ist die Gesundheit der Menschen zu wichtig ist, um sie einer verfehlten Sparpolitik zu opfern oder sie Geschäftemachern zu überlassen. Aus dem Aufruf: „Die Arbeitgeber wollen



20.9.2008 Demonstrationen in Berlin und Stuttgart

„Dem Frieden eine Chance, Truppen raus aus Afghanistan“

„Nein zur Verlängerung der Mandate für den Bundeswehrein-satz in Afghanistan“

KASSEL. Die Friedensbewegung ruft zu vielen Aktionen und zu zwei zentralen Demonstrationen am 20.9.2008 in Berlin und Stuttgart auf gegen eine Verlängerung des Bundeswehrein-satzes und generell für einen Abzug der Truppen aus Afghanistan. www.afghanistandemo.de

immer weniger in die Solidarkassen einzahlen. Eine gute Gesundheitsversorgung soll nur noch bekommen, wer privat zuzahlt: Unterversorgung für die große Mehrzahl der Bevölkerung, Luxusversorgung für diejenigen, die es sich leisten können. Die Krankenhäuser sind ein wesentlicher Teil einer guten Gesundheitsversorgung. Sie werden derzeit systematisch finanziell ausgeblutet. Die Krankenhausbeschäftigten sind das Hauptziel des Sparkurses. Immer weniger Stellen, immer größere Arbeitsbelastung und die Entlohnung bleibt immer mehr hinter der allgemeinen Entwicklung zurück. Deshalb starten wir eine Kampagne: Gegen die Unterfinanzierung der Krankenhäuser und gegen die Unterfinanzierung der Krankenhausbeschäftigten.

<http://bawue.verdi.de/>

Zuzug ausländischer Fachkräfte weiterhin stark gebremst

BONN. Als mutloses Stückwerk bewertete Klaus Gabrielli, Vorstandsmitglied von Aktioncourage – SOS Rassistismus, das von der Bundesregierung beschlossene „Aktionsprogramm zur Arbeitsmigration“, mit dem mehr ausländische Akademiker und Fachkräfte nach Deutschland gelockt werden sollen. Die Senkung der jährlichen Mindesteinkommensgrenzen von ausländischen Hochqualifizierten von derzeit 86.400 auf 63.000 Euro als Voraussetzung für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis sei viel zu gering ausgefallen, denn dies sei immer noch fast das Doppelte des Durchschnittsverdienstes. Der Fehlbedarf von rund 400.000 Fachkräften vor allem in IT- und Ingenieurberufen könne damit auch nicht nur ansatzweise befriedigt werden. Deutschland bleibe mit dieser unbefriedigenden Regelung im internationalen Wettbewerb um die besten

Köpfe weiterhin im Abseits. Zu diesem Wettbewerb gehöre im Übrigen die Bereitschaft, Ausländern mit Offenheit und Integrationswillen zu begegnen. Daran fehle es infolge der jahrzehntelangen Weigerung, Deutschland als Einwanderungsland zu begreifen, leider immer noch.

Weitgehend allein steht Deutschland im EU-Bereich laut Gabrielli auch mit dem im Aktionsprogramm bis 2011 verlängerten Abschottungskurs gegenüber weniger qualifizierten Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern.

Zu begrüßen sei in dem Aktionsprogramm demgegenüber die neu geschaffene „Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Beschäftigung“ für Ausländer, die sich mit dem unsicheren Duldungsstatus in Deutschland aufhalten, hier eine Berufsausbildung oder ein Studium absolviert haben und seit zwei Jahren durchgängig beschäftigt waren.

http://aktioncourage.org/media/raw/pm_Fachkraeftezuzug.pdf

Mieterbund schreibt Minister Schäuble an

BERLIN. Die Frage des Einbürgerungstests „Wen müssen Sie in Deutschland auf Verlangen in Ihre Wohnung lassen?“ mit den Antwortalternativen:

- a) den Postboten / die Postbotin
 - b) den Vermieter / die Vermieterin
 - c) den Nachbarn / die Nachbarin
 - d) den Arbeitgeber / die Arbeitgeberin
- ist peinlich. Die offensichtlich vorgesehene Lösung „Vermieter“ ist falsch und abwegig, schrieb der Präsident des Deutschen Mieterbundes (DMB), Dr. Franz-Georg Rips, in einem offenen Brief an Bundesinnenminister Dr. Schäuble. Rips forderte, die Frage ersatzlos aus dem Einbürgerungstest zu streichen.

www.mieterbund.de

Aufnahmepläne für Irakflüchtlinge in Frage gestellt

BERLIN. Am 19./20. Juli haben die Innenminister der unionsgeführten Bundesländer Niedersachsen und Bayern versucht, die Pläne für ein Aufnahme-programm für Irakflüchtlinge in Frage zu stellen. Hatte Bundesinnenminister Schäuble noch eine Woche zuvor angekündigt, die ersten Flüchtlinge würden voraussichtlich bereits im Herbst auf der Basis einer europäischen Verständigung aufgenommen werden, so fallen ihm jetzt die Minister Schünemann und Herrmann in den Rücken. Sie versuchen, das dringend notwendige Projekt zu zerreden. PRO ASYL erwartet von Bundesinnenminister Schäuble, dass er die Linie des Papiers, das die deutsche Delegation beim Rat der Justiz- und Innenminister in Luxemburg am 5. Juni 2008 präsentiert hat, konsequent vertritt.

www.proasyl.de

Aktionen ...
Initiativen

Integration durch Sport

Der Bundesrepublik Deutschland sind nun schon mehrfach seitens internationaler Institutionen mangelnde Leistungen bei der Integration von Migranten bescheinigt worden, insbesondere im Zusammenhang mit dem hierzulande nach wie vor gepflegten mehrgliedrigen Schulsystem. In dieser Debatte haben vor allem aus dem pädagogischen Bereich viele Akteure darauf verwiesen, wie wichtig der integrative Ansatz bei den vorschulischen Einrichtungen sei und verstärkt Bemühungen der Politik eingefordert, die Integration von Migrantenkindern bei Kitas und Krippen zu verbessern. Aber auch hier sind die bislang erzielten Ergebnisse eben nicht gerade ermutigend. Neuere Untersuchungen der Arbeitsgruppe Bildungsberichterstattung des Statistischen Bundesamtes (1) zeigen, dass insgesamt zwar jedes sechste Kind vor dem dritten Lebensjahr in einer solchen Einrichtung betreut wird, aber nur jedes zwanzigste Kind kommt dabei aus einer Migrantenfamilie. Bei den drei bis fünfjährigen ist dieser Unterschied vor allem in Ostdeutschland besonders groß. Nahezu jedes Kind deutscher Eltern besucht dort einen Kindergarten, jedoch nicht einmal die Hälfte der Kinder aus Einwanderfamilien besucht eine solche Einrichtung.



1. Mannschaft im Gründungsjahr 1980

Blieben der Sport und die dem Sport zugeschriebene Integrationskraft. Insbesondere im Zusammenhang mit sportlichen Großereignissen, wie der Fußballweltmeisterschaft 2006 und der Europameisterschaft 2008, sind eine ganze Reihe Aufrufe und Bekenntnisse von Politikern der politischen Parteien veröffentlicht worden, die versprechen, den Sportvereinen mehr Unterstützung zu gewähren, weil gerade Sportvereine einen wirksamen Beitrag für das Ziel einer verbesserten Integration von Menschen mit Migrationshintergrund leisten können. Leider steht auch hier das öffentliche Bekenntnis mancher Politiker oft in einem krassen Gegensatz zu der tat-

sächlich erbrachten Unterstützung. Allerdings haben bestimmte Projekte und Vereine zumindest an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen, die Integration wohl auch leben und nicht nur proklamieren.

Wir wollen hier, stellvertretend für viele andere, den Ansatz und das Geschehen in und um den Fußballverein FC Internationale Berlin vorstellen.

Der FC Internationale

In Berlin-Schöneberg, in einem Kiez mit so genannten sozialen Brennpunkten treffen sich inzwischen regelmäßig über 500 Kinder und Jugendliche aus 35 Herkunftsländern, um gemeinsam zu trainieren und Fußball zu spielen.

Der FC Internationale und seine Geschichte

Am Anfang des FC Internationale Berlin im Gründungsjahr 1980 ging es weniger um das Thema Integration. Die Geschichte des Vereins, vor allem zwischen 1980 und 1990 rankt um die typischen Themen der politischen Auseinandersetzung in der damaligen Frontstadt Westberlin. Es ging wie stets in Westberlin um „große Dinge“. Nichts Geringeres als „der Weltfrieden“ war z.B. das Thema 1982. Der Verein hatte zum großen Friedensturnier alle 123 Berliner Fußballvereine eingeladen. Die Schlagzeilen in der einschlägigen Presse damals lauteten: „FC Internationale will in der Bevölkerung das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Friedens stärken“. Der Berliner Fußballverband hielt mit der bemerkenswerten Parole dagegen: „Der Weg zum Frieden kann nicht über den Sportplatz führen.“ Inter hatte zudem dazu aufgerufen, nach dem Turnier gemeinsam unter dem Motto

„Sportler gegen Atomraketen“ am Ostermarsch teilzunehmen. Dem Sieger des Fußballturniers sollte nicht etwa ein schnöder Pokal sondern eine Graphik von Käthe Kollwitz überreicht werden. Die Westberliner Verbandsherren schnaubten unüberhörbar in der Westberliner Presse und wollten dem Turnier die Genehmigung verweigern mit der Begründung, „es habe mit Fußball nichts zu tun“.

Schon zuvor hatte es eine lange Auseinandersetzung um den Namen „FC Internationale“ gegeben. Die Verbandsherren des Westberliner VBB erregten sich über das „e“ am Ende des Namens und unterstellten einen „kommunistischen“ Beiklang. Einer der Vereinsgründer, Dozent an der Technischen Universität Berlin, gewann schließlich Spieler aus einer Mannschaft von internationalen Studenten. Das diente auch als Legitimation für die Namensgebung gegenüber dem Fußballverband. Geholfen haben sollen auch Solidaritätsadressen der Bundesligaspieler Ewald Lienen und Rudi Völler, um den Berliner Fußballverband zum

Einlenken zu bringen. Dennoch, die Auseinandersetzung mit dem Fußballverband nahmen auch in der Folgezeit nicht ab. Als in Westberlin während einer Hausbesetzerdemonstration der Demonstrant Klaus Jürgen Rattay ums Leben kam, liefen die Mannschaften des FC Internationale mit Trauerflor auf. Der Verband protestierte. Später, nach Schließung der AEG-Werke in Berlin solidarisierten sich die Spieler des FC Inter mit der Aufschrift „AEG-Arbeitsplätze sichern“ auf den Trikots.

1997 geriet der Verein nach längerer Pause wieder mal in die Presse, als er für die erste Männermannschaft eine weibliche Trainerin engagierte. Das bundesweite Echo zu diesem Vorgang gipfelte in einer Bemerkung von Uli Hoeneß, die hier aber nicht weiter erörtert werden soll.

Mittlerweile hat der Verein durch seine Arbeit auch im Berliner Verband Anerkennung und Respekt erworben und ist neben vielen besonderen eben auch, was er immer sein wollte, ein normaler Fußballverein. *brr*

„No racism“ steht auf den Trikots als politische Aussage, dafür keine Werbung. Irgend jemand aus dem Verein sagte mal, dass sei der kleinste gemeinsame Nenner aller Mitglieder, aber den unterstützen wirklich alle. Für seine soziale Arbeit wurde der Verein mehrfach mit Preisen bedacht, u. a. mit dem „Stern des Sports“ für Integrationsarbeit vom Landessportbund und dem „Sepp Herberger Preis“ des DFB für Kinder- und Jugendarbeit. Seit 2006 ist der Verein offizieller Integrationsstützpunkt im Rahmen des durch Bundesinnenministerium und Bundesamt für Migration geförderten Programms „Integration durch Sport“, welches wiederum durch die Dachorganisation aller deutschen Sportverbände ins Leben gerufen wurde. In Summe erhält der FC Internationale dadurch lediglich eine auf fünf Jahre begrenzte Förderung von jährlich 1000 Euro. Der Verein mit seinen nunmehr fast 900 Mitgliedern hatte in den letzten Jahren dank gestiegener Popularität enorm viel Zulauf von Kindern und Jugendlichen. Inzwischen sind mehr als 500 Jugendliche und mehr als 30 Jugendmannschaften im regelmäßigen Spielbetrieb. Was dazu die 1000 Euro im Jahr wirklich beitragen können, mag dahingestellt bleiben. Der Vereinsvorstand jedenfalls hat sich artig bedankt.

Und das Konzept?

Verschiedene Journalisten von der Tagesschau bis zur Berliner Tagespresse sind inzwischen, vor allem in der Zeit rund um den „Integrationsgipfel“, beim FC Inter aufgetaucht und haben bei Geschäftsführer, Vereinsvorstand Jugendtrainer und Mitgliedern zu ergründen versucht, worin denn das Besondere im „Konzept“ vom FC Internationale zu suchen sei.

Die Antworten sind allesamt schlicht und unspektakulär. Sie lauteten etwa wie folgt:

„Wir machen nichts Besonderes. Wir thematisieren ‚Integration‘ nicht extra. Unsere Mitglieder sind gehalten, sozial miteinander umzugehen. Wir lassen Diskriminierungen nicht zu. Wir legen großen Wert auf faires Spiel. Für uns ist entscheidend, das Miteinander als Selbstverständlichkeit zu leben, egal wo einer herkommt. Unsere Jugendlichen sprechen Deutsch auf dem Sportplatz, weil es gar nicht anders geht. Die Übungsleiter sind bewusst hinterher, dass die Verständigung klappt. Wir gehen gegen Pöbeleien vor, auch wenn sie vom Spielfeldrand kommen. Wir legen Wert auf die Auswahl der Betreuer.“

Der Verein finanziert sich zu 70 Prozent aus Mitgliedsbeiträgen, der Rest sind Spenden und öffentliche Zuschüsse. Öffentliche Gelder gibt es meist nur für einzelne ausgefallene Projekte,



Mannschaft beim legendären Friedensturnier 1982



Solidarität mit den Beschäftigten der AEG-Werke



Ein Team der Nachrichtensendung „heute“ des ZDF war anwesend, als zum Auftakt der Kampagne „Netz gegen Nazis“ am 5. Mai 2008 die B-Jugend stellvertretend für den FC Internationale ihr Foto zur Unterstützung der Aktion aufnahm.

Ferienfußballcamps etc., nicht für die normale Arbeit. Aber darauf käme es eigentlich an.

Die 60 Übungsleiter des Vereins arbeiten ehrenamtlich. Meist handelt es sich um frühere aktive Spieler. Auch Trainerlizenzen werden bislang nicht bezuschusst. 2007 hatte Bundeskanzlerin Merkel verkündet, es sollten „verstärkt Übungsleiter ausgebildet werden in den Gegenden und Regionen, in denen sehr viele Migrantinnen und Migranten leben und wohnen“.

An Trainern allerdings mangelt es dem Verein nicht wirklich. Es mangelt jedoch an Sportplätzen. Zeitweise musste deshalb bereits ein Aufnahmestopp verhängt werden. Die Zugkraft des Vereins auf Kinder und Jugendliche hält unvermindert an. Inzwischen bilden sich auch Mädchenteams. Vier gibt es bereits und die D-Jugend gewann im letzten Jahr Berliner Meisterschaft und Pokal.

brr

(1) Quelle: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, 24.7.2008

**Konzessionsentzug für
Moonlight-Club!** GÖTTINGEN.
Der Göttinger Landtagsabge-
ordnete der LINKEN, Patrick

Humke-Focks, fordert den Göttinger Oberbürgermeister Wolfgang Meyer auf, dem Moonlight-Club die Konzession zu entziehen. Am Wochenende hatte in dem Lokal eine rechtsextreme Musikparty stattgefunden. „Wir dürfen solche Umtriebe in unserer Stadt nicht dulden“, sagte Humke-Focks. Gleichzeitig lobte er die Demonstration gegen den Club, an der etwa 250 Bürgerinnen und Bürger teilnahmen. Dass der Betreiber des Moonlight-Clubs Antifaschisten wegen ihres Engagements gegen die Veranstaltung per E-Mail bedroht hat, zeige einmal mehr, wessen Geistes Kind dieser Mann sei.

www.linkspartei-goettingen.de

Klima- und Antiracamp 2008 von der Wasserschutzpolizei beobachtet: HAMBURG. Drei Schnellboote der Wasserschutzpolizei verfolgten die Barkasse der Initiatoren des Klima- und Antirassismus-Camps 2008, auf der am 24. Juli die zweistündige Pressekonferenz im Hamburger Hafen stattfand. Kein freundliches Zeichen des schwarz-grünen Senats gegenüber den Initiatoren des Camps, das vom 15.8. bis 24.8.2008 auf der Elbinsel Entenwerder stattfinden soll. „Der Einsatz der Wasserschutzpolizei zur Beobachtung einer Pressekonferenz ist ein klares Signal des schwarz-grünen Senats, dass er die Kommunikationsgrundrechte, insbesondere die Meinungs- und Pressefreiheit, genauso wie die Versammlungsfreiheit missachtet“, kritisiert Christiane Schneider, Innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft. Die Drohung des rot-grünen Bezirksamtsleiters Markus Schreiber gegenüber den Initiatoren des Camps, bei einem Verstoß gegen die Grünflächenverordnung Zwangsgelder in Höhe von bis zu 25.000 Euro zu verhängen, sei unverhältnismäßig.

www.linksfraktion-hamburg.de

Erfolgreiches Volksbegehren in Thüringen: ERFURT. Zum Abschluss des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ erklärt der Spitzenkandidat für die Thüringer Landtagswahl 2009, Bodo Ramelow: Wir können jetzt, nach unmittelbarem Ende der Sammlungsfrist, davon ausgehen, dass die gesammelten Unterschriften ausreichen, um die nötigen 200.000 deutlich zu überspringen. Auch wenn die Bogen erst noch amtlich geprüft werden, können wir uns darüber freuen. Das Volksbegehren hat deutlich gemacht: Direkte

Demokratie, direkter Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf Politik sind das Gegenprogramm zu Parteienverdrossenheit, Wahlabstinenz und braunen Demagogen. Der Dank dafür gilt vielen ehrenamtlichen Mithelferinnen und Mithelfern, besonders dem Organisator und Sprecher des Bündnisses für mehr Demokratie Ralf-Uwe Beck.

http://die-linke.de/die_linkenachrichten

Keine Stadt für Kleinverdiener? FRANKFURT A.M. „Die Stadt Frankfurt ist in der Pflicht, preisgünstigen Wohnraum anzubieten“ erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Frankfurter Römer Carmen Thiele, „sonst kommt es in den nächsten Jahren zu einer Katastrophe für die Bevölkerungsgruppe mit kleineren Einkommen.“ Die Fraktion DIE LINKE im Römer will deshalb mit einer Anfrage genau wissen, wohin die Reise geht bei den Planungen der schwarz-grünen Koalition. „Wir wollen Fakten über den Investitionsrahmen und die Planung bezüglich Bauvorhaben im unteren Mietpreissegment wissen“. Während es auf dem Eigentumswohnungsmarkt genügend Anbieter gäbe, sei beim Bau von preisgünstigen Mietwohnungen die städtische Wohnungsbaugesellschaft, die ABG Frankfurt Holding, gefordert. Sie müsse jetzt endlich ihrem eigentlichen Auftrag nachkommen und die Zahl der Sozialwohnungen aufstocken, fordern die LINKEN. Gerade weil die Zahl der Wohnungssuchenden immer weiter wachse und das Angebot an preisgünstigem Wohnraum nicht ausreiche, müsse hier etwas getan werden.

<http://dielinke-im-roemer.de>

Sozialtarif für Strom dringend notwendig: BOCHUM. So jedenfalls interpretiert die Linksfraktion im Bochumer Rat die Antwort der Verwaltung auf ihre Anfrage nach der Anzahl der Stromabschaltungen im vergangenen Jahr. Und die Antwort ist eindeutig. Im Jahr 2007 wurde rund 34.000 mal der Strom wegen fehlender Zahlungen vorübergehend abgestellt. Wenn es auch eine Zeitlang dauert, bis es so weit kommt und die Stadtwerke die Möglichkeit der Ratenzahlung für die Betroffenen gewährt, so ist doch jede Stromsperrung für den Betroffenen ein schwerer Schlag. Dazu erklärt der Vorsitzende der Linksfraktion Ernst Lange: „In den letzten Monaten sind die Energiepreise erheblich gestiegen, und sie werden es mit Sicherheit noch weiter tun. Dies trifft besonders Menschen mit geringem Einkommen. So sieht es auch die Verwaltung in der Beantwortung unserer Frage nach den Ursachen von Stromabschaltungen. Wenn dies aber so ist, dann brauchen

wir einen Sozialtarif für diesen Personenkreis.“

www.linke-bochum.de/kvbochum/ratsfraktion

Gedankenlos? Absicht? STUTTGART. Bis 1994 war die Stadtbücherei kostenlos. Dann kostete die Jahresausleihe zwölf Mark, 2004 zwölf Euro, ab Juli 2007 13 Euro, und nun hat der Gemeinderat auf 15 Euro ab Januar 2009 erhöht. BonusCard-Inhaber zahlen 50 Prozent; sie sind bei jeder Erhöhung dabei, auch wenn ihre Einkommen seit zwölf Jahren nur um sechs Euro auf jetzt 351 Euro im Monat erhöht wurden. Die LINKE hat im Gemeinderat beantragt, von BonusCard-Inhabern keine Gebühr mehr zu fordern oder wenigstens den alten Preis von 6,50 Euro zu lassen. Das wurde abgemietert. Schon 2005 hat die LINKE ein Einfrieren von ermäßigten Eintrittten beantragt. In anderen Bereichen wirken sich die höheren Eintritte auch auf die Kinder von BonusCard-Inhabern aus, so bei Kinderkonzerten. Die Mineralbäder sind selbst mit FamilienCard vielen Normalverdienern zu teuer. Unbezahlbare Eintritte und Gebühren grenzen sozial und kulturell aus – Kinder und Erwachsene. Da muss sich was ändern! (Amtsblatt, 28/2008)

<http://www.domino1.stuttgart.de/grat/pds.nsf>

Die Interessen des Rates vertreten! KÖLN. Im Zusammenhang mit der Gaspreiserhöhung der RheinEnergie AG äußert sich der Aufsichtsratsvorsitzende Prof. Bietmann zum Ratsbeschluss vom 13. Dezember 2007. Die RheinEnergie AG wird darin auffordert, einen Sozialtarif für Stromkunden mit Köln-Pass einzuführen. Er erklärte, dass er davon nichts halte: „Der Staat und nicht die Energieversorger müsse den Bürgern helfen.“ Dazu erklärt Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender von DIE LINKE Köln: „Prof. Bietmann ist vom Rat der Stadt Köln in den Aufsichtsrat entsandt worden. Er sollte Beschlüsse respektieren und dazu beitragen, dass sie umgesetzt werden. Der Hinweis, der Staat solle das regeln, ist bizarr: Die RheinEnergie ist ein öffentliches Unternehmen zur Versorgung der Bevölkerung. Bietmann verwechselt hier privat und öffentlich. Im Geschäftsjahr 2007 hat die RheinEnergie AG für 500 Mio. Euro Anlagevermögen erworben. Im ersten Halbjahr 2008 wurde noch einmal die gleiche Summe investiert. Die RheinEnergie AG will auch weitere Stadtwerkebeteiligungen in den kommenden Monaten ankaufen. Das Unternehmen macht riesige Gewinne, aber stellt sich nicht den sozialen Problemen ihrer Kunden. Mit einem Sozialtarif für Köln-Pass-Inhaber von 100 Euro im Jahr könnten 500 Kilowattstunden kostenlos geliefert werden und gleichzeitig ein Bonus für energiespa-

rende Haushaltsgeräte gezahlt werden. Wenn ein Energieverbraucher trotzdem nicht zahlen kann, muss er weiterhin eine kleine Strommenge für Licht, Fernsehen und Kochen erhalten.“

<http://www.linksfraktion-koeln.de/>

Wohnungsprivatisierungen verhindert. HEIDELBERG. Nachdem im März bereits 15000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt worden waren, im April die juristischen Versuche der Verkaufsbefürworter, das Bürgerbegehren aus fadenscheinigen Gründen für ungültig erklären zu lassen, erfolgreich abgewehrt werden konnten, und sich beim Bürgerentscheid am 13.7.2008 nicht weniger als 82,3% der Abstimmenden gegen die Wohnungsprivatisierungen ausgesprochen hatten (allerdings wurde das Quorum von 25% nicht erreicht), wurde nun auch für den Heidelberger Gemeinderat der politische Druck zu groß. Auf seiner Sitzung am 23.7. beschloss das Gremium mehrheitlich, dass die Wohnungen nicht verkauft, sondern im städtischen Eigentum bleiben sollen. Vorausgegangen war eine lange Stadtratsdebatte mit heftigen Angriffen der nach wie vor verkaufswilligen Freien Wähler und der CDU auf die Heidelberger Linke. Doch es nutzte nichts mehr. Die frühere Stadtratsmehrheit kippte und die Verkaufsbefürworter unterlagen in der Abstimmung. Der Heidelberger Gemeinderat hat nun beschlossen, dem deutlichen Willen von 82% der Wähler, die am 13.7.2008 beim Bürgerentscheid ihre Stimme abgegeben haben, zu entsprechen und die 610 Sozialwohnungen im Stadtteil Emmertsgrund nicht zu verkaufen. Letztlich war der Bürgerentscheid also doch erfolgreich. Das Ergebnis des Bürgerentscheids und die daran anschließende Entscheidung des Gemeinderats machten deutlich, dass eine sozial gestaltete Wohnungspolitik unverzichtbar ist und Vorrang vor dem betriebswirtschaftlichen Eigeninteresse der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft GGH haben muss. Die GGH wird das bei ihren zukünftigen Planungen zu berücksichtigen haben. Sollte die GGH in Zukunft wieder hinter dem Rücken der Bürger ähnliche Wohnungsverkäufe in anderen Stadtteilen planen, werden wir jederzeit wieder ein Bürgerbegehren einleiten, um einen erneuten Bürgerentscheid zu erreichen. Das „Bündnis für den Emmertsgrund“ bleibt auch nach dem Bürgerentscheid bestehen.

Dr. Edgar Wunder, Pressesprecher des Heidelberger Bürgerbegehrens für den Erhalt der städtischen Wohnungen

(Zusammenstellung: ulj)

Unterstützungsaktion für die koreanische Gewerkschaft in der Allianz

Allianz-Konzern missachtet Gewerkschaftsrechte in Korea

Seit nun mehr als 4 Monaten streiken fast 1000 Beschäftigte der Allianz in Korea gegen die einseitige Einführung eines leistungsbezogenen Vergütungssystems durch die Allianz – welche einen klaren Bruch des geltenden Tarifvertrages darstellt. Leider hat die Allianz den Konflikt immer weiter verschärft. Schließlich hat die Allianz sogar 87 Filialleiter wegen ihrer Gewerkschaftsmitgliedschaft und ihrer Teilnahme am Streik entlassen!

Der Gewerkschaftsvorsitzende und ein weiterer Kollege wurden mit der Begründung verhaftet, sie behinderten die Geschäftstätigkeit der Allianz. Der Konzernvorstand der Allianz SE in Deutschland hat es trotz mehrfacher Vermittlungsversuche von Verdi- und Arbeitnehmerseite bisher konsequent abgelehnt mit Vertretern der koreanischen Gewerkschaft zu sprechen. Diese waren in ihrer Verzweiflung inzwischen zweimal mit einer kleinen Gruppe in München, um hier ein Stück weiter zu kommen. Der Vorstand der Allianz SE steht in der politischen Verantwortung, dass es in Korea zu einer Lösung des Konfliktes kommt.

Wir erwarten zudem vom Allianz-Vorstand, dass er sich an die geltenden Tarifverträge hält – und dass er die Grundrechte der Arbeitnehmer in Korea, die Freiheit sich gewerkschaftlich zu organisieren und das Recht auf Streik akzeptiert!

Hintergrund

1.000 der 1.700 Beschäftigte von Allianz Korea sind seit dem 23. Januar im Ausstand. Sie protestieren gegen die vom Konzern eingeleiteten Maßnahmen, die im Widerspruch zum geltenden Tarifvertrag stehen.

Im Zuge des Streiks wurden auch der Präsident der koreanischen Gewerkschaft und ein weiterer Kollege verhaftet; mit der Begründung sie behinderten die Geschäftstätigkeiten der Allianz Korea.

2005 und 2006 kamen beide Seiten überein, dass sie über ein für beide Parteien annehmbares Leistungslohnsystem verhandeln werden. Diese Verhandlungen kamen jedoch zum Stillstand. Zu Beginn dieses Jahres führte die Allianz Korea-Unternehmensleitung einseitig und ohne Rücksprache mit den Beschäftigten ein solches System ein. Allianz missachtet überdies das in der koreanischen Gesetzgebung ebenfalls verankerte Recht auf Vereinigungsfreiheit, indem sie 87 Filialleiter aufgrund ihrer Teilnahme am Streik entlassen hat – auch Filialleiter haben das Recht, Gewerkschaften bei-

zutreten und ihre Rechte als Arbeitnehmer auszuüben.

Koreanische Richter entschieden am 20. Mai, dass der Streik legal ist und die Gewerkschaft legitime Forderung stellt – die Allianz dagegen den Tarifvertrag bricht.

Ferner hat sich Allianz Korea gewei- gert, einen konstruktiven Dialog mit der Gewerkschaft aufzunehmen.

Allianz Korea fühlt sich offensichtlich in keiner Weise verpflichtet, Rechte in Bezug auf Kernarbeitsnormen einzuhalten und stellt damit die Nachhaltigkeit ihrer Geschäftstätigkeit in Frage.

Im März wartete eine Delegation, der vier Kollegen der Allianz Life Korea Union und ihrer Dachorganisation Korean Federation of Clerical & Financial Labour Unions angehörten, sieben Tage lang auf ein Gespräch mit der Konzernleitung in München, Deutschland. Die Konzernleitung weigerte sich jedoch, trotz Vermittlungen der deutschen Gewerkschaft Verdi und UNI Finanz, die Delegation zu empfangen.



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
im Namen der Gewerkschaft Verdi und im Namen unserer globalen Gewerkschaft UNI-Finance (Union Network International) bitte ich euch um Unterstützung der Allianz Life Korea Union (ALKU) in einer außergewöhnlichen und sehr zugespitzten Situation.

Ich bitte euch deshalb:

Eine Mail an den Vorstandsvorsitzen- den der Allianz SE, Herrn Diekmann zu schicken. Ihr braucht dazu nur auf die Internetseite unserer internationalen Gewerkschaft UNI zu gehen, um von dort eine vorgefertigte Mail abzuschicken – Ihr könnt natürlich auch gern einen eigenen Text benutzen.

Hier der Link: www.uniglobalunion.org/uniindep.nsf/ProtestAllianzKorea052008-de

Quelle: Verdi Bundesverwaltung Fach- bereich Finanzdienstleistungen
(Jörg Reinbrecht)



EU-Arbeitszeitrichtlinie: Mit schnellen Schritten zur grenzenlosen Verfügbarkeit

Am 9. Juni haben, noch unter der slowenischen Ratspräsidentschaft, die europäischen Sozialminister eine Einigung über die seit mehreren Jahren auf Eis liegende Revision der europäischen Arbeitszeitrichtlinie erzielt. Dieser Kompromiss war verbunden mit einer Einigung über die Richtlinie zur Gleichbehandlung von Leiharbeitnehmern (siehe Kasten). Voraussetzung für die Einigung war eine Neupositionierung von Italien und Frankreich, die in der Vergangenheit gemeinsam mit einer Reihe von anderen Staaten das Auslaufen der Opt-Out-Klausel durchsetzen wollten.

Landauf landab werden als Erklärung für den langen Stillstand die Blockade der englischen Regierung, die die Möglichkeit des Opt-Out unbedingt aufrechterhalten wollte, sowie die Wirkungen der beiden Urteile des europäischen Gerichtshofes, in denen inaktive Phasen der Bereitschaftszeit ausdrücklich als Arbeitszeit gewertet werden. Zwar gibt es weitere Punkte

der Richtlinie, die echte Bedeutung haben und es gibt neben der englischen Regierung auch eine Reihe weiterer Akteure mit Einfluss, aber die beiden genannten Gegenstände stehen für die Kernpunkte des Konfliktes. Es geht um die extensive Verfügbarkeit der Arbeitskraft und um das Direktionsrecht während der Arbeit.

Ziel der Verankerung des Opt-Out ist die völlige Entgrenzung der Arbeitszeiten. Schaut man auf die regelmäßig von Eurostat vorgelegten statistischen Daten zu den realen Arbeitszeiten¹, kann zwar über die letzten Jahre keine große Veränderung bei den tatsächlichen Arbeitszeiten festgestellt werden – in den neuen Mitgliedsstaaten liegt ein leichter Trend zu kürzeren Arbeitszeiten vor, in einigen alten Mitgliedsstaaten ein leichter Trend zu höheren. Jedoch finden echte Veränderungen bei der Länge der Arbeitszeit und der Gestaltung der Arbeitszeit (allgemeine Zunahme von Arbeit zu

Die Opt-Out-Klausel

Artikel 6 der Europäischen Arbeitszeitrichtlinie regelt die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden in einem Siebentageszeitraum. Die Opt-Out-Klausel besagt, dass hiervon in einem zweistufigen Verfahren abgewichen werden kann. In einem ersten Schritt wenden die Mitgliedsstaaten bei der nationalen Umsetzung der Richtlinie Artikel 6 nicht an (Artikel 22, Abs. 1), wenn sie auf anderem Wege den Gesundheitsschutz der Beschäftigten gewährleisten. Dies eröffnet, dass in einem zweiten Schritt der einzelne Arbeitnehmer sich dazu bereit erklären kann, generell länger als 48 Stunden die Woche zu arbeiten (Artikel 22, Abs. 1a).

ungünstigen Zeiten, Schichtarbeit, allgemeine Flexibilisierung der Arbeitszeit, Arbeitszeitkonten) statt. Über lange Arbeitszeiten werden sich vor allem in den (wachsenden) statistisch nicht erfassten Bereichen der Lohnarbeit finden. In Großbritannien wird das Opt-Out beispielsweise in vielen Bereichen des Bausektors flächendeckend angewandt, in denen schon in

Wesentliche Elemente der Richtlinie zu Leiharbeit

Als grundlegende Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen werden in Artikel 1 folgende Gegenstände aufgeführt

i) die Dauer der Arbeitszeit, Überstunden, Pausen, Ruhezeiten, Nachtarbeit, Urlaub und Feiertage
ii) Bezahlung.

Das Verbot oder die Beschränkung von Leiharbeit sind nur aus Gründen des allgemeinen Interesses, insbesondere zum Schutz der Leiharbeitnehmer, der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes oder dem Funktionieren des Arbeitsmarktes erlaubt. Mitgliedsstaaten sollen bestehende Restriktionen überprüfen. (Art. 4)

Die grundlegenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sollen die gleichen wie für Festbeschäftigte der Entleihfirma sein.

Ausnahmen von diesem Grundsatz sind möglich.

- Bezüglich der Entlohnung wenn der Beschäftigte einen festen Arbeitsvertrag mit dem Verleiher hat und während Zeiten der Nichtbeschäftigung weiter Lohn erhält.

- Durch Tarifvertrag.

- In Mitgliedsstaaten ohne Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, kann nach Anhörung der Sozialpartner durch Verordnungen. (Art. 5)

Aus dem Text geht nicht hervor, ob die immer wieder behauptete Möglichkeit einer Nichtgleichbehandlung beim Lohn generell während einer Einarbeitungszeit von sechs oder zwölf Wochen möglich sein soll.

Leiharbeitnehmer sollen über offene Stellen im Entleihbetrieb unterrichtet werden.

Mitgliedsstaaten sollen sicherstellen, dass Verpflichtungen der Leiharbeitnehmer, keinen Arbeitsvertrag mit

dem Entleiher einzugehen, unterbleiben oder, wo sie bestehen, für null und nichtig erklärt werden.

Leiharbeitnehmer sollen zu gleichen Bedingungen wie die fest Beschäftigten Zugang zu Einrichtungen des entleihenden Unternehmens haben. Insbesondere zu Kantine, Kinderbetreuungseinrichtungen und Transporteinrichtungen.

Die Mitgliedsstaaten sollen vorantreiben, dass das Angebot von Bildungsmaßnahmen und von Kinderbetreuungseinrichtungen in den Verleihbetrieben verbessert werden – auch zwischen Beschäftigungszeiten. Ebenso soll der Zugang zu Bildungsmaßnahmen in den Entleihbetrieben verbessert werden.

(Art. 6)

Die Mitgliedsstaaten behalten das Recht, für Leiharbeitnehmer günstigere Bestimmungen zu erlassen (Art. 9).

(Dokument 10587/08 – Englischer Originaltext – rog)



der Vergangenheit eine Entgrenzung der Arbeitszeit vor allem durch Formen der Scheinselbstständigkeit und unterschiedlichster Formen nicht angemeldeter Arbeit stattfand. Das Opt-Out dürfte sich bei weiterem Bestand von Beschäftigungsform zu Beschäftigungsform und Sektor zu Sektor durch die Lohnarbeit durchfressen.

Mit der Diskussion um die Bereitschaftszeit bei Ärzten und der Einführung des Begriffs der inaktiven Bereitschaftszeit sind nicht nur Bereitschaftsdienste im engeren Sinne angesprochen. Tendenziell kann diese Konfliktlinie in allen Bereichen der Dienstleistung, der Prozesssteuerung, in Kundendiensten oder Auftragsabwicklung aufscheinen. Mit der Vorstellung der inaktiven Anwesenheit am Arbeitsplatz wird nicht mehr der Kapitalist als verantwortlich angesehen, die durch den Abschluss des Arbeitsvertrages erlangte Verfügungsgewalt dadurch zu nutzen, dass er Arbeit heranschafft. Bezahlt wird nur noch, wenn halt mal was anfällt. Es ist die Schwäche der Erklärung des Marburger Bundes als Pressuregroup für die Ärzte, wenn er den Gegenstand zu deren Exklusivproblem erklärt. Die drastische Schilderung des völlig übermüdeten Arztes bei der x-ten Operation wird nicht nur mit dem Schrecken möglicher eigener Betroffenheit sondern auch mit einem Augenzwinkern wahrgenommen. Es ist wohl kaum zu klären, ob der Chirurg während der Bereitschaftszeit immer genügend administrative usf. Tätigkeiten hat, die den Rest der Bereitschaftszeit in aktive Zeit wandeln, aber die Beschreibung dieses Konflikts verweist auf den zu gestaltenden Gegenstand.

Es wäre die aktive Gestaltung der Arbeitsorganisation, die von den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften aufgegriffen werden müssten. In diesem Zusammenhang haben die Gewerkschaften in den Jahren seit der Vorlage des Entwurfs der neuen Richtlinie wenig entwickelt.

Fortsetzung Seite 18 ▶

EU-Arbeitszeitrichtlinie Stellungnahmen:

Marburger Bund: Beschluss zur Arbeitszeitrichtlinie – Patienten und Ärzte werden die Verlierer sein

Mit Empörung reagiert die deutsche Ärztegewerkschaft Marburger Bund (MB) auf den heutigen Beschluss der EU-Arbeits- und Sozialminister, die Arbeitszeitrichtlinie ändern zu wollen und danach die Bereitschaftsdienste nicht mehr vollständig als Arbeitszeit zu werten. „Mit der künstlichen Unterscheidung von aktiven und inaktiven Phasen der Bereitschaftsdienste drohen überlange Arbeitszeiten, übermüdete Klinikärzte im OP und am Krankenbett und eine Verschlechterung der Patientenversorgung“ erklärte der 1. Vorsitzende des Marburger Bundes, Rudolf Henke. Der Marburger Bund begrüßte die Feststellung von Bundesarbeitsminis-

ter Olaf Scholz, wonach das deutsche Arbeitszeitgesetz in Sachen Bereitschaftsdienste nicht geändert werden müsse und die Bereitschaftsdienste somit nach wie vor als Arbeitszeit gewertet werden. „Damit hilft uns die Bundesregierung, dass eine etwaige Änderung der europäischen Arbeitszeitrichtlinie keine Auswirkungen auf die Bereitschaftsdienstregelungen in Deutschland haben wird. ...“ Der MB schließt den Versuch rechtswidriger Dienstplanänderungen der Arbeitgeber zu Lasten der Ärzte nicht aus. Der Marburger Bund werde deshalb die anvisierte Änderung der Arbeitszeitrichtlinie mit allem Nachdruck bekämpfen.

EGB: EU-Minister einigen sich auf längere Arbeitszeiten – Der Arbeitszeitideal ist für den EGB unakzeptabel

... Die Europäische Union hat am 10 Juni vereinbart, die individuelle Ausstiegsklausel für Beschäftigte von der 48-Stunden-Woche beizubehalten und den Leiharbeitsnehmern in den 27 Mitgliedsstaaten mehr Rechte zu geben.

... Der Europäische Gewerkschaftsbund hat für die Rechtsvorlagen beides, Lob und Kritik. „Die Vereinbarung zu Zeitarbeit ist positiv und zeigt, dass die EU legislativ Verbesserungen für die Beschäftigten bewirken kann, auch gegen das, was einige

Wirtschaftslobbyisten argumentiert haben“ bemerkte der EGB-Vorsitzende Monks.

„Aber die Vereinbarung zur Arbeitszeit ist bezüglich der neuen Regeln für den Bereitschaftsdienst und die Beibehaltung der Englischen Ausstiegsklausel im höchsten Grade unbefriedigend und unakzeptabel für den EGB“, fügte er hinzu.

„Wir werden nun mit Verbündeten im Europäischen Parlament daran arbeiten, diese Regelungen zu verändern“, sagte Monks.

Gemeinsame Erklärung der Delegationen aus Belgien, Griechenland, Ungarn, und Spanien

Belgien, Griechenland, Ungarn, und Spanien sind der Auffassung, dass bezüglich eines so grundlegenden Gegenstandes wie der Arbeitszeit, aus einer sozialen Perspektive, die notwendige Balance zwischen dem Schutz der Arbeitskraft auf der einen Seite und einer flexiblen Arbeitsorganisation auf der anderen Seite, nicht erreicht wurde. Es wurde auch kein bedeutsamer Fortschritt bezüglich der Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Beschäftigten erzielt.

Sie bedauern, dass ein Nachteil der Arbeitszeitrichtlinie auf unbestimmte Zeit festgeschrieben wurde, so dass kein Fortschritt bezüglich der Einschränkung der Anwendung der Opt-Out Regel und der Festlegung eines Datums für ihr Auslaufen erzielt wurde.

Gleichmaßen bedauern sie, dass innerhalb des Systems der Opt-Out-

Regel eine zusätzliche Ausdehnung über die Grenze von 60 bzw. 65 Stunden möglich ist. Sie meinen, dass die Länge für Kurzzeit-Verträge, die sie als Ausnahme ansehen, zu lang ist. Einige von ihnen beharren darauf, dass der inaktive Teil des Bereitschaftsdienstes nicht als Ruhezeit betrachtet werden kann.

Einige von ihnen bedauern, dass der Soziale Dialog nicht in einer ähnlichen Weise in Betracht gezogen wurde, wie bezüglich der Richtlinie zu Leiharbeit.

Aus diesen Gründen können die betreffenden Mitgliedsstaaten zum jetzigen Stand des Verfahrens ihre Unterstützung zu dem präsentierten Vorschlag zur Arbeitszeitrichtlinie nicht geben.

(Brüssel, 11. Juni 2008 – Dokument 10583/08; eigene Übersetzung – rog)

Wesentliche Verschlechterungen

Mit dem jetzt vorgelegten Kompromiss der Sozialminister steuert die europäische Gewerkschaftsbewegung auf eine echte Niederlage zu. Was sind die wesentlichen Inhalte?

- Das Opt-Out wird beibehalten und eröffnet Arbeitszeiten von bis zu 60 Stunden. Kommen inaktive Bereitschaftszeiten hinzu, bis zu 65 Stunden. Ist das Opt-Out in Tarifverträgen geregelt, könnte theoretisch bis zu 78 Stunden die Woche gearbeitet werden. Der Ausgleichszeitraum für diese Höchst-arbeitszeiten beträgt drei Monate.

- Einschränkungen: Kein Opt-Out bei Vertragsabschluss und während des ersten Beschäftigungsmonats; Ausstiegsklausel für die ersten sechs Monate eines Opt-Out-Vertrages; der Arbeitgeber muss die Arbeitszeit von Opt-Out-Beschäftigten registrieren. Opt-Out-Verträge vom ersten Tag sind für Beschäftigte möglich, die während eines Jahres nicht mehr als zehn Wochen bei einem Arbeitgeber beschäftigt sind. Für sie gelten die Begrenzungen auf 60 bzw. 65 Stunden nicht.

- Inaktive Bereitschaftszeiten sollen nicht als Arbeitszeit gerechnet werden, es sei denn, ein nationales Gesetz oder Tarifvertrag sehen dies vor. Inaktive Bereitschaftszeiten dürfen nicht als Ruhezeit gerechnet bzw. zu deren Berechnung herangezogen werden.

- Der Ausgleichszeitraum für die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von vier Monaten kann durch Gesetz oder einfache Rechtsverordnung (vorher nur durch Tarifvertrag) auf zwölf Monate ausgedehnt werden.

- Die Richtlinie muss drei Jahre nach Inkrafttreten in nationales Recht umgesetzt sein. Vier Jahre nach der Umsetzung wird die Kommission (auf Basis nationaler Berichte) Vorschläge für die Bekämpfung überlanger Arbeitszeiten machen und die Anwendung des Opt-Out beurteilen. Ein weiteres Jahr später wird der Rat gegebenenfalls Vorschläge für eine Revision der Richtlinie machen.

Gewerkschaften – beschränkt auf Kommentierung

Von Beginn an hatten die europäischen Gewerkschaften ihre Propaganda auf die Opt-Out-Klausel und auf die Betrachtung der Bereitschaftsdienste konzentriert. Der EGB hat immer wieder Positionspapiere vorgelegt und sich zwecks Einflussnahme an das Europaparlament (EP) gewandt. Die Frage der Ausgleichszeiträume für die durchschnittliche Wochenarbeitszeit und damit der Zugang zu der Auseinandersetzung mit der europaweit um sich greifenden Flexibilisierung der Arbeitszeit hatte dabei jedoch keine wesentliche Rolle gespielt. Zu diesem

Komplex gehört auch die fehlende Diskussion um und Propaganda für Begrenzungen bei der täglichen Höchst-arbeitszeit.

Vor allem ist jedoch keine politische Praxis zur Arbeitszeit entwickelt worden. Beispielsweise böten die Europäischen Betriebsräte ein eigenes Aktionsfeld, in dem über Informationsaustausch, Erhebungen von Praktiken und die Formulierung von Mindestanforderungen das Thema behandelt werden könnte. Eine so wichtige Vorgabe wie die Verpflichtung des Arbeitgebers gegen Monotonie vorzugehen (Artikel 13) ist nie praktisch aufgegriffen worden. Es wäre (und ist) ein Leichtes, die Kommission aufzufordern, darüber Bericht zu erstatten, ob und wie diese Passage national umgesetzt wurde, und dann mit eigenen Anforderungen und Vorschlägen für spezifische Tätigkeitsbereiche aufzuwarten, wie Monotonie reduziert werden kann. Es steht zu befürchten, dass der EGB die Verantwortung für die weitere Entwicklung nun, wie in seiner Erklärung angedeutet, dem EP überantwortet.

Die Haltung des Europäischen Parlaments

In der ersten Lesung des Parlaments am 11. Mai 2005 wurde das Auslaufen der Opt-Out Regel gefordert sowie die Betrachtung des sogenannten inaktiven Teils des Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit. Ebenso hatte das EP einer Verlängerung der Bezugszeiträume für die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von vier auf zwölf Monate eine Absage erteilt. Es gab auch Vorschläge, Regelungen zur täglichen Höchst-arbeitszeit aufzunehmen, die jedoch keine Mehrheit fanden.

Jetzt wird die offizielle Position des Rates wahrscheinlich Ende September an das EP weitergeleitet. Von diesem Zeitpunkt an hat das Parlament drei Monate Zeit die Ergebnisse seiner zweiten Lesung zu übermitteln. Sollte das EP auf seine alten Positionen bestehen, dürfte eine Vermittlung der Positionen von Rat und Parlament scheitern. Parlamentarier der sozialdemokratischen Fraktion brachten bereits ins Spiel, den Entwurf insgesamt abzulehnen. Die GUE/NGL hat dies in ihrer Presseerklärung ausdrücklich angekündigt. Damit wäre der Revisionsentwurf vom Tisch. Die alte Richtlinie von 1993 bliebe in Kraft. Für die Beschäftigten und die europäischen Gewerkschaften nicht das Schlechteste. Allerdings ist mit dem Vorschlag, das Opt-Out in vier Jahren nach Umsetzung der Richtlinie erneut zu prüfen, Kritikern in der sozialdemokratischen Fraktion ein Pfad bereitet, der Vorlage doch noch zuzustimmen. (rog)

Fast alle Putzfrauen arbeiten

schwarz. FAZ, Fr. 11.7.08. Laut Gebäudereinigungshandwerk haben regulär arbeitende Unternehmen auf diesem Markt keine Chance, so Bundesinnungsmeister D. Kunert. „Wir haben den gesamten Bereich der privaten Haushalte geistig schon abgeschrieben.“ Im Gebäudereinigungshandwerk gibt es seit einem Jahr in sieben Lohngruppen einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn.

Katholische Unternehmen fordern Prämie für Bildungssparen.

FAZ, Die. 22.7.08. Der Staat solle nicht nur das Bausparen fördern, sondern auch den Aufbau persönlichen Bildungsvermögens durch Eltern unterstützen. Wer für sein Kind Geld auf ein gesondertes Bildungssparkonto einzahlt, der sollte aus Steuermitteln eine Prämie von 10% bekommen und zudem Bildungssparen als Sonderausgabe steuerlich absetzen können. Diese Vorschläge macht der Bund katholischer Unternehmer (BKU) in einem Grundsatzpapier zur Bildungsfinanzierung, in dem auch eine starke Umschichtung öffentlicher Mittel aus dem universitären in den vorschulischen Bereich verlangt wird. Hochschulen sollten sich dagegen wieder aus Studiengebühren finanzieren.

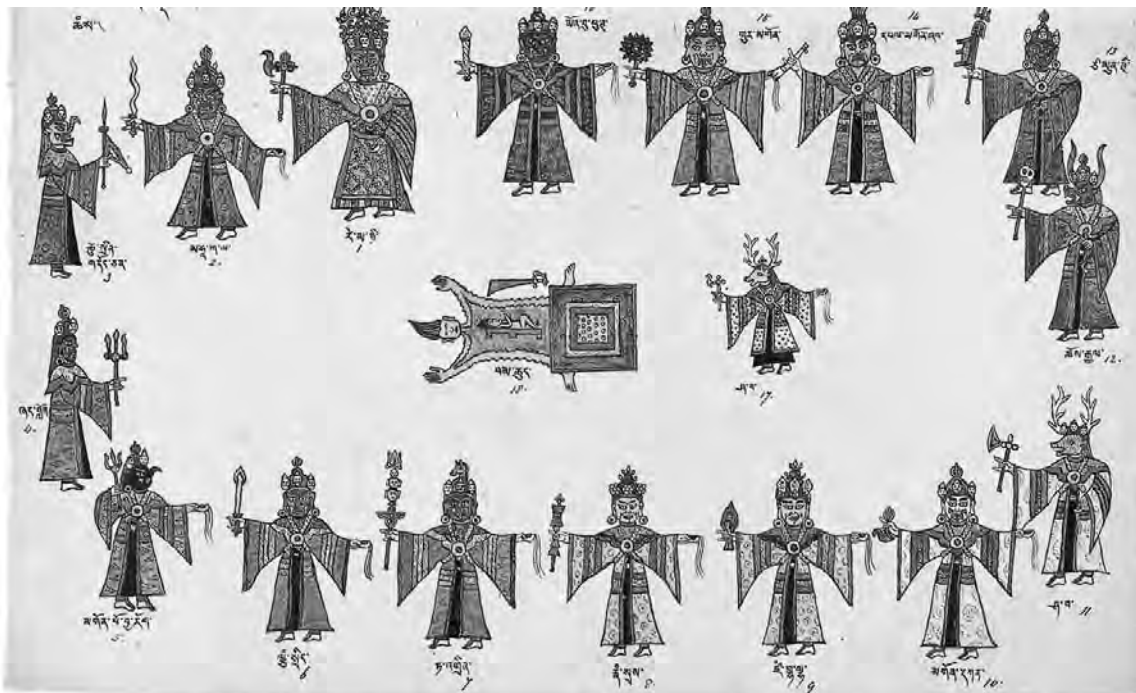
DIHK fürchtet Nachteile für Arbeitgeber durch Gesundheitsfonds.

FR, Mi. 23.7.08. Viele Betriebskrankenkassen, die bisher günstige Sätze anbieten könnten, würden zu Verlierern des Gesundheitsfonds, sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, L. G. Braun. Durch den Einheitsbeitrag von zunächst 15,5% würden sie auf diese Weise zunächst zu drastisch steigenden Beiträgen gezwungen, rügte Braun. „Den Überschuss, den sie erzielen, dürfen sie zwar teilweise wieder ausschütten, allerdings nur an die Arbeitnehmer.“

Kirchen warnen vor „überhöhter Lohnuntergrenze“ im Pflegebereich.

FAZ, Do. 24.07.08. Der Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, G. Cremer sagt: „Wir sind gegen einen zu hohen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro, denn wir befürchten, dass dann Beschäftigung für Menschen mit geringer Qualifikation wegbreicht.“ Eher könnten sich Caritas und Diakonie mit einem Mindestlohn-Tarifvertrag, anfreunden. Die Arbeitgeberseite in den kirchlichen Heimen von Diakonie und Caritas spricht von der Gefahr der Abwanderung in die Schwarzarbeit.

Presseauswertung: rst



Eine jährliche Fest-Zeremonie zu Ehren des Padmasambhava oder Guru Rinpoche, der den Buddhismus in Tibet eingeführt haben soll, um die wilden Dämonen zu zähmen. Der Ort ist das Kloster Samye südlich von Lhasa, die erste buddhistische Kloster-Gründung in Tibet. In den Kleidern und Masken repräsentieren die Mönche alle Gottheiten der sechs verschiedenen Klassen. Darstellung aus den Wise-Map, 19. Jhd.

Tibet – einem Mythos historisch begegnen

„Für weite Teile der Öffentlichkeit ist das traditionelle Tibet vor 1950 immer noch ein weltentrücktes geheimnisvolles Land, in dem die Menschen allein nach spiritueller Weisheit streben und ein bemerkenswertes Desinteresse an den materiellen Errungenschaften der modernen Zivilisation zeigen.“ (Karenina Kollmar-Paulenz, Kleine Geschichte Tibets). Dieser Eindruck wird verstärkt durch das Bild, das auch die tibetische Exilregierung in Dharamsala zeichnet: Tibet, ein Land des Buddhismus in seiner reinen Urform, ein Land, in dem Mönche und Nonnen in abgeschiedenen Tempeln allein darauf bedacht sind, Mitgefühl und Weisheit zu erlangen, frei von jeglichem weltlichem Machtstreben. Das lässt sich auch touristisch gut vermarkten: ein mit sich selbst und der Natur im Einklang stehendes Volk, das außerdem „auf Grund der natürlichen Umgebung seinen Sinn für Freiheit und Eigenständigkeit stets wach gehalten hat“, so der Dalai Lama 1999. In der deutschen Medienöffentlichkeit wird versucht, dieses Phantombild dahingehend zu beeinflussen, dass Sympathie für das arme nach Unabhängigkeit strebende Land, dem die Menschenrechte verweigert werden, entsteht, und gleichzeitig Antipathie für die große, mächtige Volksrepublik China, als dessen Unterdrückerin.

Mit dem realen historischen Tibet hat das alles herzlich wenig zu tun. Diesem religiösen, politischen und touristischen Mythos möchte ich durch eine kurze Darstellung der Geschichte Tibets entgegentreten.

Der Anfang: das Tibetische Großreich von Yarlung

Wer die Bewohner Tibets vor der Mitte des 1. Jahrtausend waren, ist archäologisch so gut wie unerforscht. Man vermutet, dass Tibet etwa 12.000 vor unserer Zeitrechnung (v.u.Z.) bereits besiedelt war und die Tibeter ursprünglich aus dem südöstlichen Burma gekommen sind. Die Sprachen dieser beider Länder weisen große Ähnlichkeiten auf.

Im 7. Jahrhundert (Jhd.) wurden die kleinen bäuerlichen und nomadischen Lebensgemeinschaften in Tibet zu größeren Einheiten zusammengefasst, an ihrer Spitze standen charismatische Clan-Fürsten (blon). Die Herrscher im fruchtbaren *Jarlung-Tal* unterwarfen im Laufe der Zeit die kleineren Fürsten und gründeten die zentrale Jarlung-Dynastie, die sich bald über ganz Zentraltibet ausdehnte. Dem König (btan-po) *Namri Lötsen* mussten sich die Clansfürsten durch Eid „im Leben und Tod“ unterwerfen. Sie wurden ihrerseits mit Lehen versorgt, von deren Erträgen sie anteilig Naturalien abzuliefern hatten. Seine Armeen schickte Namri bis an die Grenzen Indiens und Chinas (Gansu und Changan) und auch seine Nachfolger setzten diese Politik mit Angriffen auf die turk-mongolischen Tuyu-hun im Tarimbecken in Ostturkestan fort und machten Nepal zu einem tributpflichtigen Land.

König *Songtsen Gampo* (ca. 618-649) machte Lhasa zur Hauptstadt dieses großen Imperiums. Nachdem er einen Gelehrten drei Jahre zum Studium nach Indien geschickt hatte, ließ er

durch ihn eine eigene alphabetische Schrift „erfinden“ und führte sie in Tibet ein. Sie gilt bis heute. Die ehemaligen Clansführer hatten sich schon bald zu einer tibetischen Adelsaristokratie entwickelt. Durch Heiratsallianzen band er sie an seine Herrschaft. Diese Politik betrieb er auch nach außen.

Bisher hatten die Tibeter den Schamanismus praktiziert – stark geprägt vom Glauben an gute und böse Geister, auf die man einwirken konnte und mit denen man sich arrangieren musste. Im 8. Jahrhundert ließ König *Trisong Detsen* drei indische Lehrer des Buddhismus, darunter der bis heute als *Guru Rinpoche* besonders verehrte *Padmasambhava*, ins Land rufen. Diese Religion sollte eine ideale Stütze für seinen zentralistischen Staates werden. Er ließ das erste buddhistische Kloster in Samye errichten, inszenierte dort eine wichtige „Linien“-Debatte und erklärte den Buddhismus zur Staatsreligion. Während seiner Regierungszeit erschien auch das erste tibetische Gesetzbuch. Administrativ schuf dieser überragende Herrscher ein durchorganisiertes Reich mit den vier Distrikten: Tsang im Osten, Lhasa in der Mitte, Yarlung im Süden und einem im Westen. Eine weitere Untergliederung grenzte militärisch geführte Einheiten voneinander ab: den „Zehntausend-Distrikt“, den „Tausend-Distrikt“ und einen Bereich von etwa 50 Haushalten. Ihnen allen standen königlich beauftragte Beamte vor – ein nicht mehr von Familien- und Stämmestrukturen sondern von königlicher Ordnung bestimmtes Gemeinwesen.



Der „zweite“ Buddhismus

Im 9. Jahrhundert zerfiel das Jarlung-Reich in miteinander rivalisierende Königreiche und Fürstentümer. Das führte zwar zu ständig kriegerischen Überfällen von außen („dunkle Periode“), bewirkte aber im Inneren eine tiefe religiöse Auseinandersetzung: wie „rein“ musste der Buddhismus, bzw. wie angepasst auf „tibetische“ (Bön-)Vorstellungen durfte er sein? Eine zweite umfassende Verbreitung des Buddhismus fand statt.

Ab dem 10. Jhd. wurden indische und bengalische Lehrer und Missionare erneut ins Land geholt und eigene Reisen nach Indien unternommen, zu ihnen zählen *Atisha* und *Rinchen Sangpo*. Massenhaft wurden buddhistische Texte übersetzt, Lehrmeinungen ausgetauscht und verbindliche Lehrtexte verabschiedet. Verschiedene „Richtungen“ bildeten sich heraus, so erstmalig 1057 der Kadampa-Orden, die Zhalugpa, Gelugpa (Gelbmützen), Sakyapa, Phagmodrupa und Karyüpa.

In der tibetischen Exilregierung des Dalai Lama in Dharamsala sind vier der namhaftesten Richtungen noch heute offiziell repräsentiert.

Die Orden unterschieden sich weniger in der dogmatischen Auslegung als vielmehr im Umgang mit der Ordensdisziplin, dem Zölibat und der Form der Rituale (Tantra). Und vor allem: sie errichteten und besetzten bestimmte Klöster und verbanden sich mit den ansässigen Adelsfamilien. Bald beanspruchten sie sogar religiöse Erbrechte. So wurde z.B. bei den Phagmodrupa der Neffe des alten Abtes stets der neue Abt, teilweise durften Äbte sogar heiraten.

Es entsteht eine dauerhafte feste Beziehung zwischen der säkularen lokalen Aristokratie als „Gabenherren“ und den neuen monastischen Institutionen als „Gabenempfänger“. Tempel und Klöster erhielten Ländereien als Lehen, natürlich mit den dazugehörigen Bauern und Nomaden, oder den einzelnen Mönchen und Nonnen

werden je 2-3 „Ernährer“ zugewiesen. Klöster bekamen steuerliche Privilegien oder wurden total vom Steuerzahlen befreit. Auf dieser Grundlage entwickelte sich sehr schnell die Macht im Lande zugunsten einer neuen *religiösen Aristokratie*. Dass diese Gruppierungen sich im Laufe der Jahrhunderte ideologisch, politisch und wiederholt auch kriegerisch bekämpfen, um die „Vorherrschaft in Tibet“ zu erlangen, wird niemanden wundern.

Unter der Mongolenherrschaft

Das größte aller jemals errichteten Weltreiche war das des Mongolenfürsten Chingis-Khan. Es reichte Anfang des 13. Jhds. vom Chinesischen Meer über Zentralasien, Persien, Rußland, die arabischen Länder und Kleinasien bis nach Ungarn und Polen. Auch wenn unter seinen Söhnen, Enkeln und weiteren Nachfolgern dies Reich in vier immer noch gewaltig große Khanate und später in kleinere Fürstentümer aufgeteilt wurde, herrschten doch die-

Tibet, die Autonome Republik Chinas, Xizang, liegt in der Mitte Zentralasiens auf einer Höhe von 4.000 Metern, dem „Dach der Welt“, umgeben von den bis zu 8000 m hohen Bergketten des Karakorum, Himalaja, des Kunlun-Shan und den Gebirgsketten Yünnans. Auf Grund seiner gewaltigen Schneemassen ist es der Wasserversorger ganz Süd- und Ostasiens: hier entspringen die beiden indischen Flüsse Brahmaputra und Ganges, nach Thailand und Vietnam fließen der Saluen und Mekong und nach China der Huang Ho und Yangtsekiang. Man möchte vermuten, dieses extrem hoch gelegene von allen Seiten durch Gebirgsketten abgeschottete Plateau habe zu einer natürlichen Abgeschlossenheit und einer kulturellen Isolierung geführt. Das ist nicht der Fall. Tibet ist von seiner Struktur her nomadisches Land, besitzt im Süden entlang des Flusses Tsanpo fruchtbare landwirtschaftliche Gebiete und ist bis heute ein an Rohstoffen reiches Land. Tausende von Kilometern über Land zu ziehen war für die nomadische Lebensweise dieser zentralasiatischen Regionen kein Thema! Weder für Händler, Handwerker und Pilger, noch für staatliche Expeditionen, Kundschafter oder Soldaten. Über anderthalb Jahrtausende hinweg hatte Tibet regen Kontakt zu den umliegenden Ländern und Völkern. Wurde es nach außen „abgeriegelt“, so hatte das politische Gründe.

se mongolischen Völker mehr als drei Jahrhunderte ununterbrochen über den östlichen Teil der Welt. Eines der Geheimnisse der gewaltigen Machtausdehnung beruhte auf der Taktik der mongolischen Herrscher: War ein Volk besiegt oder unterwarf es sich ohne militärische Auseinandersetzung, wurde es sofort in dieses System integriert. Es genoss, ob mongolischer Reiternomade oder arabischer Sterndeuter, uneingeschränkt dessen Vorteile: relativ moderate Tributzahlungen, Teilhabe an der Beute und Aufstiegsmöglichkeiten bis in die höchsten Ämter der Khane (als Soldat, Berater, Kundschafter oder Gelehrter).

Dschingis Khans Eroberungszüge führten ihn zunächst nicht nach Tibet. Seine Nachfolger im Bereich des Groß-Khans (im Bereich Mongolei bis China) nahmen Kontakt mit tibetischen Mönchen und Geistlichen auf, überfielen aber zugleich das nordöstliche an China grenzende Gebiet von Lianzhou und Tsongkha, das von den Tibetern beansprucht wurde. 1247 kam es zu einer wichtigen diplomatischen Begegnung zwischen dem Sohn des Dschingis-Khan Godan und dem tibetischen Fürsten *Sakya Pandita*. Die Folge: Tibet wurde dem mongolischen Reich eingegliedert und ihrer Administration unterstellt.

1253 war der spätere mongolische Herrscher *Khubilai-Khan* von der Begegnung mit dem „Erhabenen“ *Phag-po* (ein Sakya) so beeindruckt, dass er

sich die buddhistische Weihe geben ließ, den Mönch zum „Nationalen Lehrer“ und damit zum Oberhaupt des buddhistischen Klerus ernannte. Davon profitierte vor allem die Gruppe der *Sakya*, die es ab 1268 zu einer effektiven Herrschaft als Exekutivorgan der Mongolenherrscher brachte. Im 14. Jhd. wurde diese Herrschergruppe nach längeren religiösen und militärischen Auseinandersetzungen durch die *Phagmodrupa* abgelöst. Um eine wirkliche unabhängige Regierung handelte es sich aber nicht – alles unterstand weiterhin den mongolischen Herren.

Diese führten das System von Poststationen ein. Das sind Orte, an denen Verpflegung, Unterkunft, Kleidung und Versorgung mit Pferden für die militärische Aristokratie der Khane organisiert wurde. Dafür hatte die bäuerliche und nomadische Bevölkerung zu sorgen! Neben den üblichen Abgaben von Naturalien an die Kloster-, Fürsten- und Regierungsklasse eine äußerst harte Belastung für sie, die wiederholt zu Hunger und Armut führte.

Die Epoche der Dalai-Lamas

Mitte des 14. Jhds. endete die nomadische *Yüan-Dynastie* in China und wurde durch die Herrschaft der *Ming-Kaiser* ersetzt. Die mongolischen Stämme kehrten in die Steppen Asiens zurück. Dadurch wurde das 14.-17. Jhd. in Tibet zu einer Zeit „eigenständiger“ Herrschaft, in der sich eine neue politische Bewegung herausbildete, die zu der wichtigsten tibetischen Lehrtradition geführt hat: dem Amt des Dalai-Lama.

Am Beginn der Erneuerung steht eine Art buddhistischer Luther in der Gestalt des *Tsongkhapa Lobsang Dragpa* (1357-1419), der die bisherige religiöse Praxis zu reformieren beginnt. Der Schüler des Tsongkhapa, *Gendün Drubpa*, ist ein Lama. Das besagt zunächst nur, dass er ein Mönch oder persönlicher Lehrer ist, er avanciert jedoch bald zu einer wichtigen Persönlichkeit, die höchste tantrische (rituelle) Funktionen ausübt. Seit 1543 wird der 3. Lama Sönam Gyatso plötzlich als reguläre „Wiedergeburt“ (Tulku) des vorherigen 2. Lama angesehen. Dieser Glaube an die Wiedergeburt einer göttlichen, heiligen Gestalt in einer anderen Person gehört zum Wesen des Buddhismus. Solche Emanationen können geschehen in der Gestalt „verschiedener“ Buddhas, als Bhodisattva-Lehrer, sowie als Formen alter und neuer indischer und tibetischer Götter und Göttinnen. Neu ist nur, dass diese Wiedergeburt in dem höchsten religiösen Führer, dem Lama, von nun an systematisch und dauerhaft für alle Zeiten geschieht.

1577 ernennt der mongolische Fürst *Altan Khan*, der für sich und sein Volk den Buddhismus angenommen hat, den 3. Lama zum *Dalai-Lama*, einem obersten „Weltmeer-Lama“. Nicht verwunderlich – allerdings als Ausnahme –, dass der darauffolgende wiedergeborene 4. Dalai Lama, *Yönten Gyatso*, aus der Reihe der mongolischen Nachkommen dieses Herrschers entspringt! Als 5. Dalai-Lama wird *Ngawang Lobsang Gyatso* (1617-1682) entdeckt. Erneut greift 1641 ein mongolischer Herrscher, *Gushri-Khan*, in das religiöse Geschehen Tibets ein: als glühender Verehrer des 5. Dalai Lama ernennt er diesen zum zukünftigen „weltlichen und geistlichen Herrscher Tibets“ mit den Titeln „Khan“ und „Dalai Lama“. Nun ist der stets wiedergeborene Dalai Lama für alle Zeiten höchster Repräsentant weltlicher und geistlicher Macht in Tibet geworden, bis heute hin.

Der „Große“ 5. Dalai Lama *Ngawang Lobsang Gyatso* (1617-1682) war ein hervorragender Politiker und ausgezeichnet religiöser Führer. Er pflegte gute Verbindungen zu den verschiedenen Orden im Land. Zwar scheiterten seine Versuche, das Land Bhutan seinem Reich wieder einzuverleiben, aber gegenüber Ladakh/Kaschmir konnte er 1679 Gebiete in Westtibet zurückerobern. Damit war unter der Herrschaft des 5. Dalai-Lama zum ersten Mal seit der Jarlung-Dynastie, dem „Goldenen Zeitalter“, Tibet unter einer Zentralregierung vereint.

Chinesische Herrschaft und britischer Einfluss in Tibet

Als es zu Beginn des 18. Jhds. einen Konflikt um die Anerkennung der Wiedergeburt des 7. Dalai Lama *Kelsang Gyatso* gab, wurde Lhasa von dem chinesischen *Mandschu-Kaiser* gestürmt, der – gewünschte – Dalai Lama inthronisiert, Tibet unter chinesisches Protektorat gestellt und sein traditionelles Gebiet um fast die Hälfte reduziert (Teile der heutigen Provinz Qinghai). Damit war für Tibet um 1720 das Ende seiner – wenn auch meist nur relativ vorhandenen – Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gekommen.

Ab Mitte des 18. Jhds. hatten die europäischen Mächte, allen voran Rußland und Großbritannien – natürlich im Zusammenhang mit ihren kolonialistischen Zielen – zunehmend ein großes Interesse daran, Einfluss auf Tibet zu gewinnen. 1774 kamen erstmals von Indien her die Engländer ins Land: *George Bogle* und *Warren Hastings* als Gesandte der *Ostindien Company*, um Verträge über einen zukünftigen Handel mit Tibet zu schließen. 1793 beendete der chinesische *Qianlong-Kaiser* die letzten Reste innen- und außenpolitischer Autonomie Tibets. ▶

Zwei „Ambane“ genannte Statthalter kontrollierten zukünftig das Land, sie bestimmten über Grenzen, Steuern, Staatsfinanzen, Handel und auswärtige Beziehungen und beschlossen, Tibet nach außen völlig abzuschotten. Es wurde zu einem „verbotenen Land“.

Nachdem Großbritannien seit dem Opiumkrieg 1842 die Öffnung der chinesischen Häfen für den kolonialen Handel erreicht und das Land weitgehend „im Griff“ hatte, konnte es ab 1876 wieder Expeditionen nach Tibet durchzuführen. Ihr Vertreter *Colman Macaulay* wurde aber von tibetischen Truppen abgefangen und zum Rückzug gezwungen. Die Briten antworteten an der Grenze nach Sikkim mit einer militärischen Kampagne gegen Tibet.

In Russland fand Großbritannien seinen erbitterten Konkurrenten. Die Russen unter Führung des Diplomaten *Agvan Dorjev* wurde zum offiziellen und geheimen Berater des neuen 13. Dalai Lama, *Thubten Gyatso* (1876-1933). Daraufhin griffen die Briten 1904 erneut zu militärischen Mitteln. Mit einem Truppenkontingent von 3.000 Soldaten besetzte *Francis Younghusband* mit Zustimmung der Regierung in London (*Lord Curzon*) das tibetische Chumbi-Tal. Der Dalai Lama floh nach Urga. In der „Lhasa Convention“ musste Tibet die britische Herrschaft in Sikkim und die Besetzung in Chumbi anerkennen. Ausländische Beziehungen des Landes durften zukünftig nur noch mit ausdrücklicher Zustimmung der Briten aufgenommen werden!

Russland und China reagierten empört und *Mandschu-General Zhao Erfeng* schickte seine Truppen ins Land. Während der Abwesenheit des Dalai Lama wurde die gesamte Bevölkerung Tibets erneut zu Untertanen des chinesischen Kaisers erklärt. Großbritannien stimmte schließlich zu. Ein Versuch, den Dalai Lama abzusetzen stieß in Tibet bei der Bevölkerung auf erbitterten Widerstand. Wenige Jahre später – 1911 – wurde die Mandschu-Dynastie in China gestürzt, der Kaiser nach über 2000 Jahren abgesetzt und eine Republik ausgerufen. In einem Drei-Punkte-Abkommen erreichte Tibet den Abzug der chinesischen Truppen und erklärte nach der Rückkehr des Dalai Lama 1913 seine Unabhängigkeit. China verweigerte seine Zustimmung. Das jahrelange Tauziehen zwischen den beiden kolonialen Mächten und China um Tibet hatte sein Ende gefunden.

Unabhängig, aber reformunfähig

Die entscheidende Frage für die Zukunft Tibets zu Beginn des 20. Jhds. war jedoch nicht die Frage nach der Unabhängigkeit des Landes, sondern ob es ihm gelingen würde aus einem bis dato total rückständigen Land ein modernes Tibet zu machen, das wirt-

schaftlich und politisch aus eigener Kraft lebensfähig sei. Der 13. Dalai Lama Thubten Gyatso versucht es mit aller Kraft.

Zunächst wurden internationale Kontakte geknüpft und die Grenzen geöffnet. Dann sollten technische Erfindungen eingeführt werden: eine Telegrafienlinie, ein allgemeines Postwesen und der Druck von Papiergeld. Mit Hilfe indischer Experten wurden Schulen eingerichtet. Neue Wirtschaftszweige wie Goldabbau sollten neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen und die staatlichen Kassen füllen. Die Armee musste aufgebaut und modernisiert werden, das Steuersystem – bisher nur eine Belastung der arbeitenden Klassen – neu reguliert werden.

Wie vor Jahrtausenden, besaßen die tibetischen Bauern und Nomaden kein eigenes Land, es gehörte immer noch der alten Kloster- und Adelsaristokratie und den Regierungsvertretern. Ob es die nicht-buddhistischen Schulen waren oder der von den Geistern nicht erlaubte Erdabbau für neue Fabriken, alles stieß auf erbitterten Widerstand der alteingesessenen Klostergemeinschaften und der Adligen. Ihre Privilegien, ihre auf Ausbeutung der Mehrheit der Bevölkerung beruhende Wohlstand, ihre soziale und religiöse Lebensweise – nichts davon waren sie bereit aufzugeben.

Leider fand der Dalai Lama bei seinen Reformversuchen keine Unterstützung und wirkliche Verbündete. Auch nicht bei dem mit ihm gemeinsam regierenden Panchen Lama. Dieser wollte weiter mit China kooperieren, jener nach englischem Mustervorgehen. 1926 scheiterten alle Reformen endgültig, der Dalai Lama starb 1933.

Die Regentschaft übernahm *Reting Ripoche*, ein machthungriger und skrupelloser Politiker, 1941 *Takta Ripoche*, der immerhin das System der Begünstigung beenden konnte. Er wurde daraufhin ermordet. Noch schlimmer erging es einem reformfreudigen Beamten namens *Lunghar* – er wurde grausam bestraft, geblendet, enteignet und aus der Regierung entfernt. 1935 fand die Inthronisation des neuen 14. Dalai Lama, *Tenzin Gyatso*, statt, den wir als den heutigen Dalai Lama in der Exilregierung in Dharamsala in Indien und durch seine Besuche in Deutschland kennen.

Über die besonderen Probleme seiner Exilregierung, über die historische Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und die damit zusammenhängende Frage, ob Tibet zukünftig eine neue staatliche Unabhängigkeit erringen kann oder als Autonome Republik Tibet (TAR) weiter zur Volksrepublik China gehören möchte, soll in einem weiteren Artikel in den nächsten „Politischen Berichten“ behandelt werden.

Edda Lechner, Norderstedt

Deutsch-Tschechisch – „Für eine gute

- **Aus Anlass des 70. Jahrestages des Münchner Diktats vom 29. September 1938**
- **Vom 10. – 12. Oktober 2008 in München**
- **Veranstaltungsort: Kurt-Eisner-Verein, Westendstraße 19, 80339 München**

Programm

Freitag, 10. Oktober

18 Uhr: Begrüßung und Vorstellung der Teilnehmer – Gemeinsames Abendessen (Buffet)
Anmerkungen zur böhmischen und bayerischen Küche. Von **DR. MARTIN FRANC**, Historiker, Prag. ORT: Kurt-Eisner-Verein (Regionalbüro der Rosa Luxemburg Stiftung)

Samstag, 11. Oktober

9 Uhr – 12 Uhr: Wir zeigen unseren tschechischen Gästen ein Stück des heutigen München und erinnern an verschiedene Ereignisse der gemeinsamen Geschichte.
TREFFPUNKT: Vor dem CVJM-Gästehaus, Landwehrstraße 13

12 Uhr – 13 Uhr: Mittagessen in der Nähe des Königsplatzes

14 Uhr – 15.30 Uhr: Gang über den Königsplatz (Kultstätte der Nazis; Bücherverbrennung 1933; künftiger Standort des geplanten NS-Dokumentationszentrums) — Besichtigung der heutigen Musikhochschule (ehemals Führerbau) einschließlich des Saales, in dem 1938 das Münchner Diktat unterzeichnet wurde
— Vorstellung der Stolpersteininitiative und Informationen über die provisorische Verlegung von Stolpersteinen in der Eingangshalle der Musikhochschule sowie über die tschechischen Antifaschisten Gebhard Jiru und Karel Mervart, für die Stolpersteine geplant sind

15.30 Uhr – 17 Uhr: Möglichkeit zum gemeinsamen Besuch einer

ches Wochenende Nachbarschaft“

Münchner Gemäldegalerie in der
Nähe des Königsplatzes

Abends: Zeit zum weiteren
Kennenlernen, gemeinsamen
Biertrinken, Diskutieren, Erholen
etc.

Sonntag, 12. Oktober

9 Uhr – 11 Uhr: „Aktuelle Probleme
in den Beziehungen zwischen
Bayern und Tschechien im Lichte
des europäischen Dialogs“.
Referenten: N.N., Vertreter von
SPED; Martin Fochler (Kurt-
Eisner-Verein). ORT: Kurt-Eisner-
Verein

11 Uhr – 12 Uhr: Auswertung des
Wochenendes, Ausblick auf die
weitere Zusammenarbeit. ORT:
Kurt-Eisner-Verein

12 Uhr – 13 Uhr: Mittagessen, Ende
der Tagung

ANMELDUNG UND BEITRAG:

Teilnehmerbeitrag: 40 Euro für die
gesamte Tagung einschließlich
Führungen, Essen etc., ermäßigt
20 Euro für Hartz-IV-Empfänger,
Schüler, Studenten, Arbeitslose, bei
Anmeldung bitte einzahlen auf das
Konto: Kurt-Eisner-Verein, Konto Nr.
714395807
Postbank München, BLZ 700 100 80

SPENDEN: Spenden für die Tagung sind
erwünscht, unter dem Kennwort „Gute
Nachbarschaft“ auf das oben angege-
bene Konto des KEV.

ANMELDUNG bis spätestens 10.9.2008
bei Lili Schlumberger-Dogu (verantwort-
lich für die Organisation der Tagung) mit
Angabe von Namen und Adresse unter
der Mail-Adresse lilischlumberger@aol.
com oder der Postadresse Lili Schlum-
berger-Dogu, Schleißheimer Str. 32B,
85221 Dachau.

Diese Tagung wird veranstaltet von:
Kurt-Eisner-Verein für politische Bil-
dung e.V. (KEV) – Die Rosa Luxemburg
Stiftung in Bayern in Zusammenarbeit
mit Spolecnost pro Evropsky Dialog
(SPED – Gesellschaft für europäischen
Dialog) und der Redaktion der Deutsch-
Tschechischen Nachrichten (DTN). Sie
wird von der LINKEN. Stadtratsgruppe,
Stadträtin Brigitte Wolf, gefördert.

V.i.S.d.P.: Lili Schlumberger-Dogu,
Schleißheimer Str. 32B,
85221 Dachau

Offener Brief an den Chefredakteur der Tageszeitung „junge Welt“

Von Gabi Zimmer:

Brüssel, 16.07.2008

Sehr geehrter Herr Schölzel,
mit Empörung habe ich in der Aus-
gabe vom 9. Juli 2008 den Artikel von
Harald Neuber „Strategischer Rückzie-
her des Tages“ zur Kenntnis genommen.
Der Beitrag ist schlecht recherchiert, er
enthält zahlreiche der Wahrheit nicht
entsprechende Aussagen und diffamiert
unsere Kollegen André Brie. Daher
halte ich folgende Klarstellung für not-
wendig:

1. Im Ergebnis der Entscheidung des
Auswärtigen Ausschusses wurde Dr.
André Brie zum Berichterstatter des
Europäischen Parlaments zum Thema
„Stabilisierung Afghanistans: Heraus-
forderungen für die EU und die interna-
tionale Gemeinschaft“ benannt. Seine
Aufgabe bestand darin, eine Stellung-
nahme des Parlaments, das sich bekann-
termaßen aus Vertretern unterschied-
lichster politischer Parteien zusammen-
setzt, vorzubereiten. Ein solcher Bericht
unterscheidet sich naturgemäß von der
Stellungnahme einer politischen Partei.

2. Länderberichte des Europäischen
Parlaments verfolgen das Ziel, Heraus-
forderungen für die Politik der Euro-
päischen Union zu identifizieren und
Vorschläge zu ihrer Bewältigung zu
machen. Es gibt bekanntlich keine Mi-
litärmission der EU in Afghanistan. Die
EU ist mit humanitärer und Wiederauf-
bau-Hilfe sowie einer Polizeimission in
Afghanistan aktiv. Mit den Ergebnis-
sen und Problemen dieser Aktivitäten
beschäftigt sich der Bericht von André
Brie. Das Parlament würdigt die Erfolge,
die im Ergebnis der Bemühungen der
Afghaninnen und Afghanen in der ver-
gangenen Jahren erreicht wurden, und
benennt die Defizite der afghanischen
und internationalen Politik. Es fordert
eine neue Strategie der internationalen
Gemeinschaft und der afghanischen Re-
gierung, in deren Mittelpunkt der zivile
gesellschaftliche Wiederaufbau steht.

Die Beiträge ihrer Zeitung zum Afgha-
nistan-Bericht des Europäischen Parla-
ments negieren diese Tatsachen und
malen damit ein falsches Bild von der
Arbeit des Berichterstatters.

3. Im Ergebnis der Abstimmungen
im Parlament enthält der Bericht auch
einige Paragraphen zur Rolle des aus-
ländischen Militärs, die den Positionen
der Linkspartei widersprechen. Harald
Neuber behauptet in seinem Artikel,
dass André Brie diese Positionen un-
terstützt. Er verschweigt, dass André
Brie im Namen unserer Fraktion genau
zu diesen Artikeln Änderungsanträge
eingebracht hat. In diesen Anträgen – die
Paragraphen des Berichtsentwurfs von
André Brie aufnehmen – wird betont,

• „dass die internationale Gemein-
schaft unbedingt untersuchen muss, wel-

che strategischen und konzep-
tionellen Fehleinschätzungen
zur jetzigen Lage in Afgha-
nistan beigetragen haben, was
eine ehrliche Bewertung der aktuellen
Militärstrategie und der Strategie für
den zivilen Wiederaufbau einschließt;

• ..., dass ein deutlicher Strategie-
wechsel erfolgen muss, weil Frieden, Si-
cherheit und Entwicklung nur erreich-
bar sind, wenn die Spirale der Gewalt
unterbrochen wird, wenn an die Stelle
der bislang im Vordergrund stehenden
militärischen Lösung verstärkte An-
strengungen auf dem Gebiet des zivilen
Wiederaufbaus treten und wenn im Er-
gebnis dessen die afghanische Bevölke-
rung wieder Vertrauen fasst.“

In einem weiteren Änderungsantrag
fordert André Brie im Namen der Frak-
tion „das sofortige Ende der Militärope-
rationen und den Rückzug der ausländi-
schen Truppen aus Afghanistan“.

Die Behauptung Ihres Redakteurs Ha-
rald Neuber, dass der Koordinator unser
Fraktion für Außenpolitik sich für die
„Besatzung“ ausgesprochen habe und
die friedenspolitischen Grundsätze der
Linken angreife, ist nicht nur eine Ver-
leumdung André Bries, sondern gleich-
zeitig ein Angriff auf unsere Fraktion.
Eine solche Verfälschung der Wahrheit
durch Ihren Redakteur kann nicht un-
korrigiert stehen bleiben.

4. Nicht „der Druck aus den eigen-
en Reihen“, wie von Harald Neuber
kolportiert, sondern eine konsequente
Haltung hat zum Entschluss von André
Brie geführt, seinen Namen vom Bericht
zurückzuziehen. Die Fraktion wurde
bereits in der Sekretariatssitzung zur
Vorbereitung des Plenums vom 27. Juni,
zwei Tage nach der Abstimmung im Aus-
wärtigen Ausschuss, über diese Absicht
informiert.

Im Protokoll der EP-Plenarsitzung
vom 8. Juli 2008 hätte Harald Neuber
André Bries Begründung für seinen
Rückzug vom Bericht nachlesen können:
„Es ist mir nicht gelungen, eine Mehrheit
davon zu überzeugen, dass die Probleme
Afghanistans nicht militärisch gelöst
werden können. Wenn nun die Parla-
mentsmehrheit sogar eine Verstärkung
der Truppen fordert und nationale Vor-
behalte in den Mitgliedstaaten missach-
tet werden sollen, werden das eigentliche
Anliegen des Berichts und mein persön-
liches konterkariert. Dass dabei auch der
Mehrheitswillen in allen europäischen
Bevölkerungen ignoriert werden soll, ist
unakzeptabel für Afghanistan – das ze-
igen die Ereignisse der letzten Tage – und
ist die falsche Politik.“ (...)

Mit freundlichen Grüßen

Gabi Zimmer

Mitglied des Europäischen Parlaments
und Sprecherin der Delegation DIE
LINKE. im EP

Druckversion: [http://www.dielinke-europa.eu/
dokumente/reden/view_dok_html?zid=3494](http://www.dielinke-europa.eu/dokumente/reden/view_dok_html?zid=3494)

© www.linksparterie.pds-europa.de GUE/NGL

In & bei der
Linken

Sommerschule 2008

**Donnerstag, den 14. August bis
Sonntag, den 17. August in Erfurt**

1. Kurs: Kulturwissenschaften

„Bürgerrechte im Krieg“.

Für die Vorbereitungsgruppe: Christiane Schneider, (gnn-hamburg@freenet.de), Eva Detscher

2. Kurs: Wirtschaft

Stadtwerke – Entstehung, Entwicklung, Aussichten und Bedeutung für linke Reformpolitik.

Für die Vorbereitungsgruppe Martin Fochler (martin.fochler@freenet.de), Rüdiger Lötzer

3. Kurs: Internationale Politik

1930–1960 – Die Entstehung einer Theorie der Internationalen Beziehungen: die sog. „realistische Schule“.

Für die Vorbereitungsgruppe: Christoph Cornides

Allgemeine Informationen:

Die Sommerschule findet vom 14. bis 17. August in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt statt. Beginn am 14. August um 14 Uhr, Ende nach Absprache am Sonntagvormittag. Wir tagen wie zuletzt in der Jugendherberge Hochheimer Straße, und übernachtendrei Minuten entfernt in der Jugendherberge Klingenstr. Adresse: HJ Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstr.4, 99094 Erfurt, Tel. (03 61) 5 62 67 05. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 5 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen, von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-West, dann die B4 bis zum Stadtring, biegen dann links in die Schillerstraße (B7) und achten auf die Ausschilderung JH. Die Kosten für Übernachtung plus Halbpension betragen zuletzt 26 Euro/Tag und Person. Am Anreisetag wird es ein Abendessen, an den beiden folgenden Tagen jeweils ein Mittagessen geben.

Im Rahmen der Sommerschule findet die **Mitgliederversammlung der ArGe** statt.

29. August. Landesparteitag der Linken Hessen.

20. September. Berlin und Stuttgart. Demonstrationen „Truppen raus aus Afghanistan“. Veranstalter Friedensbewegung. Stuttgart: 12 Uhr Lautenschlagerstr. (gegenüber Hauptbahnhof). Berlin: 12 Uhr Brandenburger Tor.

25. September. Berlin. Für unsere Krankenhäuser. Großdemonstration. Veranstalter: Aktionsbündnis Rettung der Krankenhäuser mit Verdi, Städtetag, Krankenhausträgern. 13 Uhr. Brandenburger Tor.

27. September. Neumünster. Landesparteitag der Linken Schleswig-Holstein.

27. September. Würzburg. Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.

11. Oktober. Berlin. „Freiheit statt Angst“ Demonstration gegen den Überwachungsstaat. Veranstalter: AK Vorratsdatenspeicherung. Aufruf: www.FreiheitStattAngst.de.

18. Oktober. Essen. Landesparteitag der Linken Nordrhein-Westfalen.

1. November. Landesparteitag der Linken Niedersachsen.

4. November. USA. Präsidentschaftswahlen.



14. November. Erfurt. Bundesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/Grüne.

15. November. Hamburg. Landesparteitag der Linken Hamburg.

6. Dezember. Landesparteitag der Linken Baden-Württemberg

24. Januar. Aufstellung der Landesliste Baden-Württemberg der Linken zur Bundestagswahl.

31. Januar. Aufstellung der Landesliste Niedersachsen der Linken zur Bundestagswahl.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Sept.	Bayern	Landtag	28.9.	5 Jahre
	Sept.	Brandenburg	Kommunal	28.9.	5 Jahre
2009	Mai	Bundesversamml.	Bundespräs	23.5.	5 Jahre
	Juni	EU	Euro. Parl.	7.6.	5 Jahre
	Juni	Baden-Württemb.	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	NRW	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Rheinland-Pfalz	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Saarland	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Sachsen	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Sachsen-Anhalt	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	05-07	Thüringen	Kommunal		5 Jahre
	07-09	Thüringen	Landtag		5 Jahre
	Sept.	Bund	Bundestag	27.9.	4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html